



Beschluss-Protokoll

der 49. Sitzung, Amtsjahr 2022-2023

Mittwoch, den 25. Januar 2023, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Jo Vergeat, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin

Abwesende:

25. Januar 2023, 09:00 Uhr Tonja Zürcher (GAB).
49. Sitzung

Verhandlungsgegenstände:

Mitteilungen	3
28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Stimm- resp. Wahlunterlagen für Neuzuzüger und Neueingebürgerte	4
29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Daniel Goepfert betreffend Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Basel	4
30. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Aufnahme von "Smart City" als strategisches Ziel im nächsten Legislaturplan	4
31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Einsparung von Papier sowie Druck- und Versandkosten	5
32. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 130 Fleur Weibel betreffend Schutz und Unterstützung für iranische und iranisch-stämmige Personen in Basel-Stadt	5
33. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 133 Corinne Eymann-Baier betreffend kann das #RHYLAX-Team zur Lösung des Partylärmproblems am Rheinufer und in der Innenstadt beitragen?	5
34. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Georg Mattmüller und Edibe Gölgeli betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investitionen in den Care-Bereich zur Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown	5
35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investition zur Abschwächung der Klimaerhitzung, zur Verbesserung des Stadtklimas und gleichzeitigen Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown	6
36. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 126 Oliver Bolliger betreffend kein reduzierter Grundbedarf in der Sozialhilfe wegen zu teurer Krankenkasse	6
37. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 129 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Errichtung von zentralen Wärmepumpen in Zonen mit Einfamilienhäusern	6
38. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 139 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Sistierung des Strafzuschlags in der Ersatzversorgung	7

39.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend integrative Arbeitsplätze	7
40.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 127 Oliver Thommen betreffend Parlamentarische Untersuchungskommission zum Neubau des Biozentrums Stellungnahme des Regierungsrates	7
41.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 138 Michael Hug betreffend ausstehender Lohnniveau-Vergleich bei Polizei und Staatsanwaltschaft	8
42.	Bericht des Regierungsrates zur Motion Thomas Gander und Konsorten betreffend Sportstättenstrategie und konkreter Massnahmenplanung	8
43.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen	8
44.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenb der und Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder	9
45.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend ETH-Studio Basel	10
46.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 134 Salome Bessenich betreffend Kostenüberschreitung beim geplanten Neubau Departement Biomedizin der Universität Basel	10
47.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 135 Bruno Lötscher betreffend Zugänglichkeit des Kollegengebäudes der Universität während der Herbstmesse 2022	10
48.	Anzug Sarah Wyss und Georg Mattmüller betreffend ambulante (hauswirtschaftliche) Dienstleistungen bedarfsgerecht und qualitativ hochstehend sicherstellen	10
49.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 137 Beatrice Messerli betreffend Situation von Jugendlichen mit Long Covid	11
50.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastruktur- und Raumplanungsprojekte	11
51.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Velosicherheit in der Spital- und Pestalozzistrasse	11
52.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 131 Philip Karger betreffend "velofreundliches Gleis" an der Haltestelle Bruderholzstrasse	11
53.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Menschenhandel langfristig bekämpfen	12
54.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 128 Eric Weber betreffend Zivilschutzanlagen - Was passiert im Kriegsfall?	12
	Mitteilungen	12
	Schlussrede	12
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	17
	Anhang C: Neue Vorstösse	21

Beginn der 49. Sitzung

Mittwoch, 25. Januar 2023, 09:00 Uhr

Mitteilungen

[25.01.23 09:00:00, MGT]

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe vorerst die folgenden Mitteilungen:

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Corinne Eymann-Baier ist aus gesundheitlichen Gründen per sofort aus dem Grossen Rat zurückgetreten und aus diesem Grund heute schon nicht mehr hier. Im Namen des Grossen Rates danke ich Corinne Eymann-Baier ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste.

[Applaus]

Kaffeesspende

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass Beatrice Messerli heute Morgen den Kaffee spendieren wird, dies, weil sie heute ihre letzte Sitzung im Grossen Rat hat.

Im Namen des Grossen Rates möchte ich ihr für diese grosszügige Geste herzlich danken.

[Applaus]

Heute haben vier Mitglieder des Grossen Rates ihre letzte Sitzung:

Ich beginne mit Salome Hofer:

Salome Hofer ist seit 1. Februar 2009 Mitglied des Grossen Rates. Sie war lange Zeit Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission und auch in der IGPK UKBB sowie in der Wirtschafts- und Abgabekommission. Uns allen in sehr positiver Erinnerung bleibt Salome Hofer als Grossratspräsidentin im Amtsjahr 2020/2021 wo sie uns mit ihrer umsichtigen Führung erfolgreich durch das erste Jahr der Coronapandemie geführt hat.

Vielen Dank liebe Salome für die dem Kanton geleisteten Dienste.

[Applaus]

Wir fahren mit Mark Eichner fort:

Mark Eichner ist seit 1.2.2014 Mitglied des Grossen Rates. Er war lange Zeit Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission sowie eine Legislatur Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission. Aktuell politisiert Mark Eichner in der Finanz- und der Disziplinarkommission.

Ich danke Mark Eichner ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste.

[Applaus]

Wir kommen zu Beatrice Messerli:

Beatrice Messerli ist seit 8. März 2016 Mitglied des Grossen Rates. Dabei war sie Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission, der Delegation IPK FHNW, der Begnadigungskommission und der Disziplinarkommission.

Wir verlieren mit Beatrice Messerli eine begnadete Bildungspolitikerin. Ich möchte ihr ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste danken.

[Applaus]

Zum Schluss kommen wir zu Thomas Müry

Thomas Müry hatte die Ehre als ältestes Mitglied des Grossen Rates die aktuelle Legislatur zu eröffnen. Er ist seit 9.2.2011 Mitglied des Grossen Rates. Er war Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission, der Spezialkommission Klimaschutz und ist aktuell Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission, der Regiokommission, der Delegation Districtsrat, der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission und der Begnadigungskommission. Unvergessen bleiben die unzähligen ökumenischen Andachten, welche Thomas Müry geleitet hat.

Vielen Dank lieber Thomas für die dem Kanton geleisteten Dienste.

[Applaus]

28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Stimm- resp. Wahlunterlagen für Neuzuzüger und Neueingebürgerte

[25.01.23 09:05:38, PD, 20.5046.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5046 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5046 ist **erledigt**.

29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Daniel Goepfert betreffend Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Basel

[25.01.23 09:06:12, PD, 16.5402.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 16.5402 abzuschreiben.

Voten: *Johannes Sieber (GLP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 16.5402 ist **erledigt**.

30. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Aufnahme von "Smart City" als strategisches Ziel im nächsten Legislaturplan

[25.01.23 09:10:19, PD, 17.5363.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5363 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 17.5363 ist **erledigt**.

31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend Einsparung von Papier sowie Druck- und Versandkosten

[25.01.23 09:10:40, PD, 20.5079.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5079 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5079 ist **erledigt**.

32. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 130 Fleur Weibel betreffend Schutz und Unterstützung für iranische und iranisch-stämmige Personen in Basel-Stadt

[25.01.23 09:10:43, PD, 22.5548.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Fleur Weibel (GAB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5548 ist **erledigt**.

33. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 133 Corinne Eymann-Baier betreffend kann das #RHYLAX-Team zur Lösung des Partylärmproblems am Rheinufer und in der Innenstadt beitragen?

[25.01.23 09:14:14, PD, 22.5555.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin ist abwesend.

Die Interpellation 22.5555 ist **erledigt**.

34. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Georg Mattmüller und Edibe Gölgeli betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investitionen in den Care-Bereich zur Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown

[25.01.23 09:14:40, WSU, 20.5331.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5331 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5331 ist **erledigt**.

35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investition zur Abschwächung der Klimaerhitzung, zur Verbesserung des Stadtklimas und gleichzeitigen Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown

[25.01.23 09:15:00, WSU, 20.5333.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5333 abzuschreiben.

Lea Wirz (GAB): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 481, 25.01.23 09:19:10]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5333 ist **erledigt**.

36. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 126 Oliver Bolliger betreffend kein reduzierter Grundbedarf in der Sozialhilfe wegen zu teurer Krankenkasse

[25.01.23 09:19:48, WSU, 22.5529.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Oliver Bolliger (GAB):

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5529 ist **erledigt**.

37. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 129 Nicole Strahm-Lavanchy

betreffend Errichtung von zentralen Wärmepumpen in Zonen mit Einfamilienhäusern

[25.01.23 09:21:56, WSU, 22.5546.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5546 ist **erledigt**.

38. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 139 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Sistierung des Strafzuschlags in der Ersatzversorgung

[25.01.23 09:24:43, WSU, 22.5562.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5562 ist **erledigt**.

39. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend integrative Arbeitsplätze

[25.01.23 09:26:24, FD, 20.5077.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5077 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5077 ist **erledigt**.

40. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 127 Oliver Thommen betreffend Parlamentarische Untersuchungskommission zum Neubau des Biozentrums Stellungnahme des Regierungsrates

[25.01.23 09:27:03, FD, 22.5536.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Oliver Thommen (GAB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5536 ist **erledigt**.

41. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 138 Michael Hug betreffend ausstehender Lohnniveau-Vergleich bei Polizei und Staatsanwaltschaft

[25.01.23 09:31:46, FD, 22.5561.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Michael Hug (LDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5561 ist **erledigt**.

42. Bericht des Regierungsrates zur Motion Thomas Gander und Konsorten betreffend Sportstättenstrategie und konkreter Massnahmenplanung

[25.01.23 09:34:05, ED, 18.5158.05, SMO]

Der Regierungsrat beantragt, die Motion 18.5158 als erledigt abzuschreiben.

Voten: *Thomas Gander (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion als erledigt abzuschreiben.

Die Motion 18.5158 ist **erledigt**.

43. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen

[25.01.23 09:35:57, ED, 20.5337.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5337 abzuschreiben.

Sasha Mazzotti (SP): beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Jenny Schweizer (SVP); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Béla Bartha (GAB)*

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 51 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 482, 25.01.23 09:47:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 20.5337 **stehen zu lassen.**

44. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenb der und Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder

[25.01.23 09:48:13, ED, 18.5253.03 19.5318.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge 18.5253 und 19.5318 abzuschreiben.

Barbara Heer (SP): beantragt die beiden Anzüge stehen zu lassen.

Voten: *Joël Thüring (SVP); André Auderset (LDP)*

Abstimmung

Anzug Joël Thüring

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 58 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 483, 25.01.23 09:58:26]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 18.5253.03 **stehen zu lassen**

Abstimmung

Anzug Barbara Heer

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 55 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 484, 25.01.23 09:59:12]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 19.5318.03 **stehen zu lassen.**

45. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend ETH-Studio Basel

[25.01.23 09:59:38, ED, 18.5224.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5224 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 18.5224 ist **erledigt**.

46. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 134 Salome Bessenich betreffend Kostenüberschreitung beim geplanten Neubau Departement Biomedizin der Universität Basel

[25.01.23 10:00:05, ED, 22.5556.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Salome Bessenich (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5556 ist **erledigt**.

47. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 135 Bruno Lötscher betreffend Zugänglichkeit des Kollegengebäudes der Universität während der Herbstmesse 2022

[25.01.23 10:05:33, ED, 22.5557.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5557 ist **erledigt**.

48. Anzug Sarah Wyss und Georg Mattmüller betreffend ambulante (hauswirtschaftliche) Dienstleistungen bedarfsgerecht und qualitativ hochstehend sicherstellen

[25.01.23 10:08:01, GD, 20.5387.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5387 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5387 ist **erledigt**.

49. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 137 Beatrice Messerli betreffend Situation von Jugendlichen mit Long Covid

[25.01.23 10:08:13, GD, 22.5560.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Beatrice Messerli (GAB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5560 ist **erledigt**.

50. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastruktur- und Raumplanungsprojekte

[25.01.23 10:11:35, BVD, 20.5446.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5446 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5446 ist **erledigt**.

51. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Velosicherheit in der Spital- und Pestalozzistrasse

[25.01.23 10:12:04, BVD, 18.5048.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5048 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 18.5048 ist **erledigt**.

52. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 131 Philip Karger betreffend

“velofreundliches Gleis” an der Haltestelle Bruderholzstrasse

[25.01.23 10:12:41, BVD, 22.5549.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5549 ist **erledigt**.

53. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Menschenhandel langfristig bekämpfen

[25.01.23 10:16:27, JSD, 20.5062.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5062 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5062 ist **erledigt**.

54. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 128 Eric Weber betreffend Zivilschutzanlagen - Was passiert im Kriegsfall?

[25.01.23 10:16:50, JSD, 22.5538.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5538 ist **erledigt**.

Mitteilungen

[25.01.23 10:23:12, MGT]

Voten: *Jo Vergeat, Grossratspräsidentin*

Schlussrede

[25.01.23 10:23:12]

Jo Vergeat, Grossratspräsidentin: Sehr geehrter Herr Statthalter, lieber Bülent,

Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte,
Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, lieber Beat,
Sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte,
Sehr geehrte Damen bis Herren

Wer oder was ist in Kindergeschichten Ihre liebste Figur? Welchen Held oder welche Heldin haben Sie als Kind geliebt? Mit welcher Figur konnten Sie sich identifizieren? Welchen Tollpatsch fanden Sie lustig? Wie auch meine Vorgänger*innen hatte ich in diesem Jahr viel Zeit, um mir Gedanken zu machen. Ich sag's Ihnen, dieses Grossratspräsidium lässt einen nicht mehr los. Ich habe dabei auch darüber sinniert, welches wohl Ihr Kindheitsidol war. Und diese leichten Gedanken taten gut, denn mein Präsidialjahr wurde begleitet von bedrückenden internationalen Geschehnissen.

Dabei sind wir mit verhaltener Zuversicht ins neue Präsidialjahr gestartet und haben an meinem ersten Sitzungstag endlich wieder Frau Fasnacht aus ihrem Tiefschlaf geholt. Doch die Zuversicht hielt nicht lange an. Nur 24 Tage nach meiner Amtsübernahme griff Russland die Ukraine an. Manchmal war ich in diesem Jahr gelähmt vor Schreck über die Nachrichten, die uns erreichten. Der unmenschliche Angriffskrieg auf die Ukraine, die Bilder unserer brennenden Nachbarländer wegen des Hitzesommers, die schleichende Entmündigung der Frauen in Afghanistan oder die mutigen Geschichten der jungen Menschen im Iran, welche trotz Todesgefahr ihren Protest fortführen. Wir sind von einer globalen Krise direkt in mehrere andere geschlittert und haben wieder mit der Angst der Bevölkerung Politik gemacht. Ein Jahr unter solchen Vorzeichen hatte ich mir wirklich nicht vorgestellt. Unser Privileg, in einem Land zu leben, das von den Krisen vergleichsweise wenig direkt betroffen war, widerspiegelte sich in den vielen schönen Momenten, die ich im vergangenen Jahr erleben durfte.

Ich hätte in diesem Jahr wohl einen Anlassrekord aufstellen können, so viele Nachholeinladungen erreichten mich. Doch ich habe eher versucht zu navigieren, um möglichst vielen unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen in unserer Stadt die Ehre zu erweisen und die unendliche Vielfalt unserer Stadt und ihrer Ansichten zu Gesicht, aber vor allem zu Ohren zu bekommen. Ich habe mit den Menschen über ihren Blick auf die Politik und immer wieder auch über ihre liebsten Kindheitsheld*innen geredet. Oft habe ich mich dabei auch gefragt, was es wohl bedeutet, in einem Land zu leben, in dem es nicht möglich ist, Vielfalt öffentlich zu leben. Während wir hier an politischen Versammlungen unsere Meinung kundtun, auf der Strasse gegen einen Entscheid protestieren und in Diskussionen unsere Wortklingen kreuzen können, zwingen autoritäre Regimes weltweit unzählige andere Interessensgemeinschaften in den Untergrund und verfolgen sie unerbittlich.

In diesem Jahr sind mir die unglaublichen Unterschiede in unserem Land und auch in unserer kleinen Region aufgefallen, und nicht immer waren sie mir ganz geheuer. Aber immer habe ich mich auch mit Faszination auf die vielen kleinen und grossen Abenteuer eingelassen. Die Welten, in die ich katapultiert wurde, glichen zeitweise wunderbaren und spannenden Abenteuern meiner Kindheit.

Ich kann es Ihnen nicht verheimlichen: Zu oft fühlte ich mich wie Wickie bei den starken Männern. Zu Beginn meines Amtes zählte ich an Anlässen die öffentlich sprechenden Frauen, dann wenigstens die anwesenden Frauen. Bald habe ich damit aufgehört; es war deprimierend. Die zuverlässigste Frauenquote steuerte indirekt die Bevölkerung bei, durch ihre Besetzung von politischen Ämtern, wie Regierungs-, Gross- oder Nationalrätinnen. Keine Sorge, mir gings gut unter den starken Männern. Als Drummlere lernt man in Basel, mit grossen Männergruppen umzugehen. Dass all die Einladungen schliesslich mit einer Flossfahrt mit em Wilde Maa endeten, hat mich etwas versöhnt und zeigte mir, dass auch in einer der historischsten Männerbanden ein «Maitlidraum» in Erfüllung gehen kann.

Im Sommer stand alles im Zeichen von Heidi. Mit dem Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest verwandelte sich unser Nachbarkanton in eine schweizerische Traditionshochburg, und mitten drin war ich. Die Eindrücke dieses Wochenendes haben mir vor Augen geführt, wie weit weg Basel manchmal vom Rest der Schweiz sein kann. Ich lernte in Pratteln viel über «Gschtellti», Muni und Gabentempel. Dass ich in Tracht und mit Conradin Cramer per Hochzeitskutsche durchs Baselbiet chauffiert werde, hätte ich mir noch vor einem Jahr nie ausgemalt.

Ich habe in diesem Jahr nicht nur viele Reden gehalten. Nein, ich hatte auch die Chance, vielen Reden zu lauschen. Und dabei ist mir etwas aufgefallen: Es scheint, als wäre es immer ein sicherer Gewinn, sich über

Minderheiten lustig zu machen. Nie waren einer Pointe die Lacher so sicher, wie dann. Auch wenn wir nicht alle Unterschiede in Lebensentwürfen und alle gesellschaftlichen Veränderungen sogleich verstehen: Ich glaube, das können wir besser. Und Nein, keine Sorge, ich meine mit Minderheiten weder Baselbieter*innen, noch Zürcher*innen. Ausser dass sie der Minderheit angehören, die derzeit nicht im Bundesrat vertreten ist – aber zu dieser Minderheit gehören wir ja auch. Also sind diese Witze und somit die Fasnacht gerettet.

Ein Publikum zum Lachen bringen kann man übrigens mit Witzen über das Parlament und sich selbst. Immer wenn mich der Wunsch nach einer «kurzweilig, lustigen» Rede erreichte, habe ich mich gefühlt wie Donald Duck. Politikerinnen sind ja nicht per se Comedians. Sollten Sie also je beim Redenschreiben in einer Schreibblockade stecken: Ziehen Sie den Donald Duck und erzählen Sie auch von Missgeschicken. Nehmen Sie sich selbst und unser wertees Haus hoch. Das lässt uns zugänglicher und kritikfähig wirken. Und, ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert.

Es gab auch Tage, da fühlte ich mich in diesem Jahr wie Lorax. Kennen Sie ihn? Lorax ist der Wächter der Bäume aus der Geschichte von Dr. Seuss. Er spricht für sie und warnt vor der Abholzung. Nachdem in dieser Geschichte jeder Baum gerodet ist und alle Tiere verschwunden sind, kommt ein Junge aus der plastifizierten Stadt und pflanzt den letzten Samen der Bäume. Der Lorax wird wieder lebendig, und die Hoffnung wächst. Ich selbst durfte in diesem Jahr ganze fünf Bäume pflanzen – oder zumindest so tun als ob. Es musste ja schliesslich ein medienwirksames Foto daraus entstehen. Ich durfte auch sonst mit den unterschiedlichsten Menschen über den Klimawandel sprechen. Es hat mich beeindruckt, wie viele Menschen sich enthusiastisch auf die Reise in eine klimagerechte Zukunft machen. Sie planen Projekte und setzen sie schneller in die Realität um, als wir im Grossen Rat ein Geschäft überhaupt überweisen können. Das gibt mir Hoffnung, und ich bin froh, können wir auf das berühmte Zitat von Lorax reagieren. Er sagt: Unless someone like you cares a whole awful lot, nothing is going to get better, it is not. Und somit erwidere ich: Basel seems to care a whole awful lot, so I hope it gets better, a lot.

Manchmal fühlte ich mich aber auch wie der BVB-Bär oder der kleine Sauberkeitsroboter Wall-E. Immer dann, wenn ich mit Ihnen schimpfen musste, weil Sie Ihren Abfall im Saal nicht richtig entsorgt haben.

Auch E.T. Gefühle kamen auf, wenn ich manche Wochen mehr woanders war als Zuhause. Ich habe dann ab und zu mit ein wenig Heimweh nach Hause telefoniert und mich erkundigt, ob denn das Bett immer noch gleich gemütlich sei.

Nicht selten fühlte ich mich in diesem Jahr auch wie Paddington Bär: ausgesetzt in einer beeindruckenden, aber fremden Welt. Paddington wird Engländer und gewöhnt sich in einer zweiten Heimat ein. Zum Glück fand auch ich an jedem Anlass einen Anknüpfungspunkt oder eine Person, die mich aufnahm und einführte. Einige meiner schönsten Begegnungen fanden im Stadthaus bei der Bürgerbriefübergabe statt. So nahe an den Menschen zu sein, die wie Paddington ihre zweite Heimat in Basel finden, ihre Geschichte zu hören und mit ihnen über die Bedeutung ihrer Einbürgerung zu sprechen hat mich sehr berührt. Ausserdem war es einer der wenigen Anlässe, wo ein freudiges und anerkennendes Lächeln durch den Saal ging, wenn ich vorgestellt wurde. Wer die Grossratspräsidentin ist, das wissen dort alle ganz genau.

Wie im Märchen vom Froschkönig fühlte ich mich schliesslich in Bettingen auf der Chrischona an einem 100. Geburtstag. Was jetzt folgt ist kein Märchen, ich erzähle es darum Ihnen und nicht dem Fährimaa: Als die Familienmitglieder der Jubilarin ein Ständchen sangen, tauchten aus dem Teich hinter der Terrasse ganz viele Froschköpfe auf und stimmten quakend in den Singsang ein.

Sie hören es, ich bin durch die unterschiedlichsten Welten gereist und habe ganz viele Abendteuer erlebt. Dabei habe ich immer versucht, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen und ihre Lebensrealität, ihre Sorgen und Wünsche anzuhören und aufzunehmen. Oft waren die Fragen so komplex, wie sie nicht einmal die Raupe aus Alice im Wonderland hätte orakeln können. Vor allem ein Thema habe ich an jedem Anlass diskutiert, es zieht sich wie ein roter Faden über die Reisekarte: Die Sorge um unsere Demokratie und die Politikverdrossenheit unserer Gesellschaft. Ich kann Ihnen hier und heute bestätigen, wir haben wirklich keinen so guten Ruf. Und Ehrenwort, das liegt nicht nur an meinen Donald Duck Reden ☺. In diesen Gesprächen habe ich keine Lösung für das Problem gefunden. Ich habe aber beeindruckend viele Aspekte des Themas beleuchtet erhalten und ich bin auch immer wieder für uns eingestanden. Mein Glaube an unser demokratisches System ist gerade in diesem Jahr und trotz den teilweise langwierigen Momenten auf dem «Bock» nicht kleiner geworden. Meine Geduld, ja die ist vielleicht nicht gewachsen. Aber ich habe gespürt, wie Sie als Parlament näher zusammengewachsen sind. Wie Sie Unterschriften für Vorstösse gesammelt, Filibustern geplant und Abstimmungsergebnisse in letzter Sekunde gekehrt herumgerissen haben. Aber wenn

sogar ein Fussballtrainer einen auf die Politikverdrossenheit anspricht, ich sag Ihnen, da will man eine gute Antwort geben. Unsere Demokratie braucht weiterhin Plattformen, auf denen sich die unterschiedlichen Meinungen treffen. Wir alle könnten in unserem Politikalltag mehr Vermischung unserer Bubbles gebrauchen. Wir müssen die verschiedenen Lebensrealitäten der Menschen im Blick haben, für die wir politisieren. Kommunizieren kann man nur, wenn jemand zuhört. Und zuhören kann nur, wem Vertrauen entgegengebracht wird.

Vielleicht beginnen wir deshalb in Zukunft den Small Talk nicht damit an, was die andere Person arbeitet, sondern damit, welche Kindergeschichte dem Gegenüber die liebste war. So finden wir bestimmt den Weg zu einem guten Gespräch und erkennen dabei auch ein wenig die Persönlichkeit unseres Gegenübers. Geschichten sind immer geprägt von Werten. Sie geben uns vor, wie wir handeln könnten, und wir erkennen manchmal uns selbst darin wieder. Darum ist es auch wichtig, dass es Figuren in Kindergeschichten gibt, die so abwechslungsreich und unterschiedlich sind wie unsere Welt. Wer zu sehr im Verwaltungsjargon eintaucht und sich vorzu in unserer schönen Parallelwelt der Politik aufhält, vergisst zuweilen, wie abstrakt und abschreckend diese Welt für Aussenstehende wirken kann. Darum liebe Damen bis Herren: Was oder wer ist Ihre Lieblingsfigur aus der Kindheit? Winnie the Pooh? Oder vielleicht Ronja die Räubertochter? Oder doch Robin Hood?

Meine ist Mary Poppins. Ihre Leichtigkeit gespickt mit Seriosität, ihre Begeisterungsfähigkeit und ihr Spass am Singen haben mich nachhaltig beeindruckt. In diesem Jahr habe ich versucht, mit dem gleichen Enthusiasmus an meine so unterschiedlichen Aufgaben heranzutreten. Habe mir im richtigen Moment einen Bert zur Seite genommen und versucht, meine Farbe in der dunklen Anzugswelt nie zu verlieren. Ich bin mit Fantasie und Respekt in neue Welten eingetaucht. Ab und an aber habe ich streng und auch teilweise müde Sitzungen geleitet und dabei immer versucht, sie mir, aber auch Ihnen mit einem Löffelchen voll Zucker zu versüssen. Ich hoffe, dass ich damit nicht nur hier im Saal, sondern auch ausserhalb auf meiner Reise durch die Region den Ruf unseres politischen Systems stärken konnte. Dass wir fleissig und seriös und doch im richtigen Moment nahbar und überraschend unterhaltsam sind. Dass wir Menschen in unsere höchsten Ämter wählen, die in ihrem Präsidiumsjaar nicht ergrauen, sondern farbiges Haar kriegen.

Dass aus mir eine Mary Poppins werden konnte und nicht ein Fräulein Frau Rottenmeier übrig bleibt, das verdanke ich Ihnen allen, liebe Grossrät*innen und Regierungsrät*innen. Vielen Dank für Ihr engagiertes Mitmachen, für das Anerkennen meiner sprachlich klaren Linie, für die aufmunternden Lächeln. Es war mir eine Ehre Ihre Grossratspräsidentin zu sein, und es hat mir sehr viel Spass gemacht.

Ein weiterer Dank gilt an dieser Stelle dem ganzen Team im Rathaus, der Staatskanzlei und dem Parlamentsdienst, geleitet von Beat Flury. Lieber Beat, Du bist mir, meiner Nervosität und meinen zeitweise verrückten Ideen stets mit Ruhe und Gelassenheit begegnet. Dir und dem ganzen Team darum von Herzen vielen Dank.

Weiter möchte ich mich bei den Mitgliedern des Ratsbüros bedanken. Nicht immer kann man Entscheide alleine treffen. Oft brauchen sie im Vorfeld gedankliche Unterstützung und viel Austausch. Liebe Catherine, lieber Balz, lieber Claudio, lieber Joël – vielen Dank für die kritischen Diskussionen, die feuchtfröhlichen Abendessen und die Rückendeckung.

Lieber David, Du hattest in mir damals wahrlich nicht eine dir ähnliche Statthalterin gefunden. Ich möchte mich umso mehr dafür bedanken, dass Du mir stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden bist und mich so gewissenhaft in das Amt und seine Tücken eingeführt hast.

Ein weiterer Dank gilt Dir, liebe Salome. Du hast meine ersten parlamentarischen Schritte begleitet, und du hast mit Deinem hervorragenden Präsidiumsjaar den Wunsch in mir geweckt, dieses Amt auch einmal auszuüben. Du bist einer der vielen lebendigen Beweise dafür, dass gerade in der Politik wunderbare Freundschaften entstehen können. Liebe «Schnapsnasen-Gruppe», darum auch ein Dank an Euch. Während andere in der Politik gerne Einzelkämpferinnen sind, arbeite ich im liebsten im Team. Auch auf dem einsamen Bock hatte ich nie das Gefühl alleine zu sein. Danke meiner tollen Fraktion. Und danke lieber Bülent, für Deine Unterstützung und von Herzen alles Gute für Dein Präsidiumsjaar. Da kommt etwas Einmaliges auf Dich zu. Geniesse es, denn es ist schneller vorbei als Speedy Gonzales sprinten kann.

Und ganz zum Schluss: ein ganz grosser Dank an meinen Beni für Deine unendliche Geduld und jede Betreuung in der schlaflosen Nacht. Meiner Familie und ihren wunderbaren fünf Zwergen. Für Euch und Eure Zukunft mache ich das alles. Ihr haltet mich jung und fröhlich und frisch. Hakuna Matata.

Ich wünsche Ihnen alles Gute, und schliesse hiermit die letzte Sitzung des zweiten Amtsjahres der 44. Legislatur des Grossen Rates Basel-Stadt.

[langanhaltender Applaus]

Schluss der 49. Sitzung

10:45 Uhr



Basel, 25. Januar 2023

Jo Vergeat
Grossratspräsident

Beat Flury
I. Ratssekretär

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Neustart 2020: Zukunftsgerichtete, nachhaltige Investition zur Abschwächung der Klimaerhitzung, zur Verbesserung des Stadtklimas und gleichzeitigen Stärkung der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown
-----------------	---

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Mury (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	A	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	A	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	69	24	-	14	9	7	8	7	-
N	Nein	17	-	16	-	1	-	-	-	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	12	6	1	1	1	3	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Primarschulkompetenz: Velofahren lernen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	E
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	41	1	-	13	11	2	8	6	-
N	Nein	51	27	16	-	-	8	-	-	-
E	Enthaltung	2	-	-	1	-	-	-	-	1
A	Abwesend	5	2	1	1	-	-	-	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenbäder und Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	37	-	-	13	-	10	8	6	-
N	Nein	58	29	16	1	11	-	-	1	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	3	1	1	1	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Joël Thüring flexible Eintrittspreise für die Spätschwimmer in die baselstädtischen Gartenbäder und Barbara Heer und Konsorten betreffend Verlängerung Tagesöffnungszeiten öffentlicher Gartenbäder

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	A
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	E
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	A
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	A
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	33	-	-	10	-	10	7	6	-
N	Nein	55	27	16	2	10	-	-	-	-
E	Enthaltung	2	-	-	-	1	-	-	-	1
A	Abwesend	9	3	1	3	-	-	1	1	-
P	Präsidium	1		1						
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Anhang C: Neue Vorstösse

Postulate zum Budget 2023

1. Erziehungsdepartement, Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personal- und Sachaufwand (Eishalle St. Jakob-Arena)

22.5589.01

Erhöhung um Fr. 81'000 (Personalaufwand)

Erhöhung um Fr. 27'000 (Sachaufwand)

Begründung:

Bereits bei der Diskussion über die Sanierung der Kunsteisbahn Margarethen waren sich sämtliche Fraktionen einig, dass im Kanton Basel-Stadt zu wenig Eisflächen insbesondere für die Sportvereine existieren. Aus diesem Grund haben die JSSK und die BRK eine Kommissionsmotion, die bereits zwei Mal an den Regierungsrat überwiesen wurde, eingereicht, gemäss welcher der Regierungsrat beauftragt wurde, mehr Eisflächen im Kanton zu schaffen. Da diese Umsetzung mehrere Jahre dauern wird und die Nachfrage nach Eisflächen aktuell aus verschiedenen Gründen (bspw. sportlicher Erfolg des EHC Basel) hoch ist, wäre es wichtig, dass die bestehende Infrastruktur so optimal wie möglich genutzt werden könnte. Die Eishalle St. Jakob wird im Sommer jeweils aufgrund von Wartungsarbeiten mehrere Wochen geschlossen. Mit diesem Budgetpostulat soll erreicht werden, dass die Eishalle zumindest bis zu Beginn der Sommerferien geöffnet bleibt und nicht bereits im Juni geschlossen wird. Damit würde man unter anderem den Eiskunstläuferinnen entgegenkommen, welche im Juni teilweise noch zur Schule gehen und aktuell in diesem Zeitraum in eine andere Stadt ausweichen müssen, um trainieren zu können. Wenn die Eishalle erst anfangs Sommerferien geschlossen wird, können die Wartungsarbeiten während den Ferien dennoch wie gewünscht ausgeführt werden und man wäre den Sportvereinen entgegengekommen.

Pascal Messerli

Motionen

1. Motion zur Erstellung einer Klimastrategie mit Klimaaktionsplan nach Annahme des Gegenvorschlags zur Klimagerechtigkeitsinitiative

22.5551.01

Die Stimmbevölkerung hat im November 2022 den Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative angenommen und damit entschieden, dass der Kanton beim CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2037 in allen Sektoren im Rahmen seiner Kompetenzen «Netto-Null» erreichen muss. Damit einhergehend wurde auch das 1.5 Grad Ziel und dementsprechendes staatliches Handeln im Klimaschutz und in der Klimaadaption in der Kantonsverfassung verankert (§ 15 Abs. 2, §16a Abs. 1). Der Kanton ist nun zusätzlich verpflichtet, im Finanzsektor im Sinne eines 1.5 Grad Ziels zu handeln (§16 Abs. 4) und sich beim Bund für die notwendigen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen einzusetzen (§16a Abs. 5). Zur Umsetzung des Volksentscheides braucht es nun ein rasches staatliches Handeln. Die vorberatende Kommission hat für die weiteren Schritte im Kapitel 5.3 «Definition der Sektoren» bereits grob festgelegt, wie das weitere Vorgehen auszusehen hat. Mit dieser Motion sollen die nächsten Schritte dazu aufgeleitet werden.

Die Motionär*innen halten den Regierungsrat dazu an, eine Klimastrategie und einen dazugehörigen Klimaaktionsplan mit Massnahmenkatalog zu allen Scopes und Sektoren zu erarbeiten. Dies soll wie folgt umgesetzt werden:

Bis Ende 2023 wird ein Klimaaktionsplan mit Massnahmenkatalog erarbeitet und vorgelegt, welcher für die drei Sektoren Gebäude/Energie, Industrie und Verkehr Massnahmen zur Erreichung des Netto-Null Zieles aufzeigt und aufleitet.

- Bis Ende 2024 wird der Massnahmenkatalog des Klimaaktionsplans mit Massnahmen in alle weiteren Sektoren wie Konsum, Ernährung, Finanzen, Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen, IT und anderen ergänzt. Diese Massnahmen richten sich nach dem 1.5° C Ziel und dem entsprechenden kantonalen CO₂-Budget aus.
- In allen Sektoren und Scopes sollen die Handlungsmöglichkeiten des Kantons maximal ausgeschöpft werden. Der Regierungsrat soll die im Bericht der Spezialkommission Klimaschutz diskutierten Massnahmen in den Klimaaktionsplan aufgreifen. Der Regierungsrat soll seinen Handlungsspielraum auch in den Massnahmenbereichen Information, Sensibilisierung (inkl. Bildung), Verwaltungsprozesse, Digitalisierung, Innovation und Forschung maximal ausschöpfen.

- Der Investitionsbedarf des Kantons zur Umsetzung des Klimaaktionsplans ist für alle Bereiche jeweils zeitgleich mit dem Vorlegen der Massnahmenkataloge (2023/2024) zu beziffern und im jeweiligen Folgejahr (2024/2025) in die kantonale Investitionsplanung aufzunehmen.
- Der zusätzliche Förderbedarf (im Vergleich zum Status Quo) ist für alle Bereiche ebenfalls zeitgleich mit dem Vorlegen der Massnahmenkataloge (2023/2024) zu beziffern, so dass sie private Investitionen stimulieren, die für die Zielerreichung notwendig sind. Fördermassnahmen sind im jeweiligen Folgejahr (2024/2025) umzusetzen bzw. dem Grossen Rat vorzulegen, sofern sie die Kompetenz des Regierungsrates überschreiten.
- Für die durch den Klimaaktionsplan definierten Massnahmen sind die entsprechenden Gesetzes- bzw. Verordnungsänderungen oder weitere rechtsverbindliche Beschlüsse so rasch als möglich dem Grossen Rat vorzulegen bzw. ihm über diese zu berichten, sofern sie in der Kompetenz des Regierungsrates liegen.
- Die Kosten von Massnahmen zu Negativ-Emissionen zur Kompensation der verbleibenden CO₂-Emissionen aus dem Scope 2 zum Zeitpunkt der Zielerreichung von Netto-Null sind abzuschätzen. Finanzierungsmechanismen sind vorzuschlagen.
- Für sämtliche Massnahmen und Sektoren werden in der Klimastrategie Absenkpfade, Umsetzungshorizonte und Wirkungsziele in Tonnen CO₂ aufgezeigt.
- Sämtliche Massnahmen müssen der Sozialverträglichkeit im Kanton Basel-Stadt Rechnung tragen.
- Der Klimaaktionsplan und der Massnahmenkatalog sollen alle 5 Jahre aktualisiert werden. Über den Stand der Massnahmen sowie über deren Wirkung (in Tonnen CO₂) und allfälligen Umsetzungslücken ist dem Grossen Rat alle zwei Jahre schriftlich Bericht zu erstatten und ein allfälliges weiteres Vorgehen vorzuschlagen, sofern Umsetzungslücken bestehen.
- Für die Erarbeitung der Klimastrategie und des Klimaaktionsplans ist der bisherige Stand des Wissens von Ökonomie und Geisteswissenschaften einzubeziehen.
- Die Klimastrategie und der Klimaaktionsplan sollen einen motivierenden Charakter haben, den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung Rechnung tragen und darauf hinwirken, dass wir die Herausforderungen der Klimakrise als Gemeinschaft meistern.

Raffaela Hanauer, Daniel Sägesser, Brigitte Kühne, Raphael Fuhrer, Lisa Mathys, Tobias Christ, Jean-Luc Perret, Semseddin Yilmaz

2. Motion betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes

22.5564.01

Im Kanton Basel-Stadt erhalten zahlreiche Organisationen im Rahmen von Staatsbeiträgen finanzielle Unterstützung in Form von Finanzhilfen oder Abgeltungen für Leistungen, die sie im öffentlichen Interesse erbringen. Die aktuelle Teuerung stellt viele dieser Organisationen vor grosse Herausforderungen. Diese können keine Mehreinnahmen durch das Anheben der Preise erlangen, um die Löhne entsprechend der Teuerung anzupassen, sondern sind auf eine Anpassung des Staatsbeitrages angewiesen. Die Staatsbeiträge werden jeweils zwischen dem Kanton und den Organisationen vertraglich geregelt, wobei der rechtliche Rahmen im Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG, SG 610.500) geregelt ist.

In § 12 des StBG ist der Umgang mit der Teuerung sowohl für Finanzhilfen als auch für Abgeltungen geregelt und sieht vor, dass ein jährlicher Teuerungsausgleich entsprechend des Finanzierungsanteils des Kantons gewährt werden kann. Dieser Ausgleich richtet sich nach der Entwicklung der Personalteuerung beim Kanton. Während bei Abgeltungen der Teuerungsausgleich automatisch gewährt ist (§ 12 Abs. 1 StBG), wird er bei Finanzhilfen in der Regel gewährt, wenn die Personalkosten mindestens 70% der gesamten Betriebskosten ausmachen (§ 12 Abs. 2 StBG). In Basel gibt es jedoch auch viele Organisationen, deren Personalkosten weniger als 70% der Gesamtkosten ausmachen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Löhne tief sind oder aber die Mietkosten (in der Regel der zweite wichtige Ausgabenpunkt neben den Personalkosten) sehr hoch sind. Dass diese Organisationen dann per Gesetz nicht von einem Teuerungsausgleich profitieren können, leuchtet nicht ein. Zu beachten ist auch, dass die betroffenen Institutionen oft bei der Personalgewinnung mit dem Kanton Basel-Stadt oder dessen ausgelagerten Betrieben konkurrieren, die in der Regel die Teuerung voll ausgleichen.

Die Motionärinnen und Motionäre fordern deshalb den Regierungsrat auf, innert zwei Jahre eine Änderung von § 12 Abs. 1 des Staatsbeitragsgesetzes vorzulegen, die die Gewährung eines Teuerungsausgleichs im Regelfall bei Finanzhilfen vorsieht, wenn die Personalkosten mindestens 60% der Gesamtkosten ausmachen. Falls die Regierung bei der Vorbereitung der Gesetzesvorlage zum Schluss kommt, ein tieferer Personalkostenanteil oder eine Streichung sei sachgerecht, so darf sie diese Anpassungen vornehmen.

Melanie Eberhard, David Jenny, Oliver Bolliger, Beda Baumgartner, Fleur Weibel, Sandra Bothe-Wenk

3. Motion betreffend Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst

22.5584.01

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Bereichs tragen grosse Verantwortung für die gesamte Gesellschaft. Einige Kernfunktionen staatlichen Handelns erfordern dabei Arbeiten im Schicht- und Wochenenddienst. So haben Mitarbeitende der Polizei, der Rettung Basel-Stadt (u.a. Sanität und Feuerwehr) oder die Gefängnisangestellten diesen strapaziösen Dienst auf sich zu nehmen. Es überrascht daher nicht, dass speziell in diesen Bereichen Fachkräftemangel herrscht und teils starke Unterbestände bestehen. Die essenzielle Arbeit muss trotzdem geleistet werden. Die Folgen der Unterbestände sind sich anhäufende Überstunden, was diese Berufe allerdings noch unattraktiver macht – ein Teufelskreis also.

Jüngst eingereichte Vorstösse zum Thema wollen durch eine allgemeine Pensenreduktion die Attraktivität dieser Stellen erhöhen. Auch wenn gut gemeint, führt ein solches Vorgehen nicht zu einer Erhöhung der Attraktivität, weil noch mehr Überstunden anfallen würden. Solange Fachkräftemangel herrscht und Unterbestände bestehen, muss die anfallende Arbeit auf die vorhandenen Mitarbeitenden verteilt werden.

Es sind aber unbedingt und rasch Massnahmen zur Verbesserung der Situation für die Kantonsangestellten mit diesen besonders unattraktiven Arbeitszeiten zu treffen und auch umzusetzen. Neben dem Wiederherstellen der Konkurrenzfähigkeit zu anderen Berufen wird mit entsprechenden Massnahmen auch die Wertschätzung für die Arbeit dieser Mitarbeitenden manifestiert.

Die Motionäre fordern daher den Regierungsrat dazu auf, zeitnah Massnahmen zu treffen und umzusetzen, um die Attraktivität des Berufsbildes für Basler Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst massgeblich zu verbessern und so auch die Voraussetzung zu schaffen, Unterbestände in wichtigen Berufsfeldern zu reduzieren.

Insbesondere sollen folgende Verbesserungen – und / oder auch weitere, die der Regierungsrat ergänzend dazu oder alternativ für geeignet hält, um die bestehenden Probleme zu lösen – innert Jahresfrist umgesetzt werden:

- steuerliche Vorteile (bspw. für die Auszahlung von Überstunden und insbesondere bei Zuschlägen für Überstunden, die während Feiertags-, Wochenend- oder Nachtarbeit geleistet werden);
- das Anheben des Lohns an das Lohnniveau von Angestellten anderer Kantone mit ähnlichem Funktionsbereich und vergleichbaren Bedingungen (inkl. Vergütungen wie: Pikettenschädigungen, Gefahrenzulagen etc.), sowie durch geeignete Lohnzulagen;
- der Ausbau von «Fringe Benefits» wie kostenlose U-Abonnements, Parkiermöglichkeiten im Nachtdienst, Ausbildungen, Zugang zu einer Mensa, Kinderbetreuung, Eintritt in Gartenbäder etc.
- die Möglichkeit einer früheren Pensionierung bei sehr intensiver Arbeitsleistung (bei langjähriger Schicht-/Nachtarbeit), in Bereichen wo dies nicht bereits geschieht.

Michael Hug, Tobias Christ

Anzüge

1. Anzug betreffend thermographische Aufnahmen zur Feststellung von Energieverlusten im Gebäudebereich

22.5550.01

Gemäss Erhebungen des Bundesrates ist ein Energieverlust von 80% im Gebäudebereich gegeben. Die Energiestrategie des Bundes, das Pariser Klimaabkommen, die akute Energiekrise und Bekenntnisse der kantonalen Politik erfordern Massnahmen, sparsamer mit Energie umzugehen.

Es gilt, sich nicht ausschliesslich auf die Substituierung fossiler Energieträger zu konzentrieren, also auf die umwelt- und klimafreundliche Energieproduktion; auch die Energie-Effizienz muss verbessert werden.

Die aktuelle Kampagne des Bundes, welche zum sparsamen Einsatz von Energie auffordert, verwendet thermographische Aufnahmen. Wenn Hauseigentümerschaften über bildliche Beweise des grossen Energieverlustes verfügen können, steigt die Bereitschaft für Gebäudesanierungen.

Bereits im Jahre 1988 wurde durch die LDP ein Vorstoss im Grossen Rat lanciert, welcher forderte, thermographische Aufnahmen - auch aus der Luft - durchzuführen. Leider hatten damals weder der Regierungsrat noch der Grosse Rat diesen Weg zur Sensibilisierung und Motivation Privater zu höherer Energie-Effizienz unterstützt. Damals fehlten der lokalen Politik der äussere Druck und das Bewusstsein der Dringlichkeit des Handelns.

Heute begegnen wir einer anderen Ausgangslage. Wenn rasch gehandelt werden will und die hohe Bereitschaft Privater genutzt werden soll, Verbesserungen im Gebäudebereich zu realisieren, muss der Kanton Unterstützung anbieten - auch indem er Informationen zum Zustand des betreffenden Gebäudes anbietet. Das Zurverfügungstellen von thermographischen Aufnahmen privater Gebäude auf Wunsch der Eigentümerschaften kann helfen, rasch Verbesserungen zu erzielen.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, ob privaten Gebäudeeigentümerschaften auf deren Wunsch thermographische Aufnahmen ihrer Gebäude zur Verfügung gestellt werden können, damit gezielt bauliche Massnahmen zur Verbesserung der Energie-Effizienz erfolgen können.

Thomas Müry

2. Anzug betreffend Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen

22.5570.01

Der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Gebäuden sowie das hindernisfreie Bauen sind in Basel-Stadt gesetzlich klar geregelt. Der Kanton Basel-Stadt sollte hier eine Vorbildfunktion einnehmen. Für Planung und Umsetzung wird das BVD von der Bauberatungsstelle von Pro Infirmis unterstützt, die die Bauvorhaben gemäss den SIA- und VSS-Normen überprüft.

Dennoch können in Planung und Umsetzung der Vorhaben Fehler passieren, auch sind trotz der Einhaltung der Fachnormen von SIA und VSS Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen nicht immer genügend abgedeckt.

So zeigte sich im kHaus als aktuelles Beispiel, dass verschiedene Nachbesserungen in Sachen Barrierefreiheit erforderlich waren. Auch ältere Gebäude gewährleisteten die Barrierefreiheit in der öffentlichen Nutzung und zum Teil in der Vermietung oft nicht oder ungenügend.

Bei einer korrekten Planung und Umsetzung profitieren zudem weitere Anspruchsgruppen wie Geh- und Sehbehinderte, aber auch Seniorinnen und Senioren und Personen mit Kinderwagen. Es ist daher unverständlich, dass die hindernisfreie Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen auch bei neusten Bauprojekten nicht oder nur ungenügend gewährleistet ist.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat deshalb zu prüfen und zu berichten:

1. wie der Kanton sicherstellt, dass in Bauprojekten im Hoch- wie im Tiefbau neben der ordentlichen Baufachberatung bezüglich der barrierefreien Zugänglichkeit
 - a) die lebenspraktischen Erfahrungen der Betroffenen in Planung und Umsetzung einfließen,
 - b) die Betroffenen in Planung und Umsetzung standardmässig miteinbezogen werden,
 - c) zusätzlich zu den gegebenen Normen von SIA und VSS auch Anliegen und Erleichterungen Betroffener in Planung und Umsetzung berücksichtigt werden.
 - d) der interdepartementale Erfahrungstransfer und die gesammelten Erfahrungswerte bei Neubauten und neuen Projekten einfließen,
 - welche Massnahmen der Kanton bezüglich der einzelnen Punkte zur Verbesserung der Situation vorsieht.
2. wie der Kanton sicherstellt, dass Bauprojekte im Hoch- wie im Tiefbau in Planung und Umsetzung insbesondere auch in der Instandhaltung bezüglich der barrierefreien Zugänglichkeit zu Gebäuden und Dienstleistungen nicht an mangelnden finanziellen Mitteln scheitern.
 - welche Massnahmen der Kanton zur Verbesserung der Situation vorsieht.
3. wie und ob der Kanton sicherstellt, dass eine Übersicht bezüglich der barrierefreien Zugänglichkeit zu Gebäuden und Dienstleistungen vorhanden ist.
 - wenn keine Übersicht vorhanden ist, welche Massnahmen der Kanton trifft, um diese Übersicht zu bekommen.

Michela Seggiani, Melanie Nussbaumer, Beatrice Messerli, Olivier Battaglia, Niggi Daniel Rechsteiner, Alex Ebi, Corinne Eymann-Baier, Salome Bessenich, Stefan Wittlin, Tonja Zürcher, David Wüest-Rudin, Fleur Weibel, Johannes Sieber, Georg Mattmüller, Christian von Wartburg, Christoph Hochuli, Toya Krummenacher, Philip Karger, Balz Herter

3. Anzug betreffend negative CO2-Emissionen Zertifikate zur Kompensation von Treibhausgasen

22.5571.01

Der Kanton Basel-Stadt hat den Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative des Grossen Rates am 27. November 2022 mit 64,1% angenommen. Der Ausstoss von Treibhausgasen muss somit bis 2037 auf Netto-Null gesenkt werden.

Damit der Kanton dieses Ziel erreichen kann, werden künftig CO2-Abscheidung und Speicherung (CCS) und Negativemissionstechnologien (NET) nötig sein bzw. in einer Übergangsfrist können auch kompensatorische CO2-Emissionsreduktionen im Ausland die Einhaltung des Absenkpfadens sicherstellen. Der heutige Wissensstand zu CCS und NET ist jedoch noch sehr unsicher, da diese Technologien noch in den Kinderschuhen stecken und sich erst noch entwickeln müssen. Es gibt jedoch schon Pionierunternehmen, wie etwa das ETH-Spin-off Climeworks oder das Start-up neustark, welche in den Startlöchern stehen. Diese Firmen dürften in absehbarer Zeit auch starke internationale Konkurrenz erhalten.

Die Unterzeichneten sind der Meinung, dass der Kanton nach der Abstimmung zur Klimagerechtigkeitsinitiative hinsichtlich negativer CO₂-Emissionen schnell handeln muss und bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- Wie der Kanton die Entwicklung und den Einsatz von CSS und NET fördern kann und inwieweit dazu Public-Private-Partnerships helfen können, um einheimische Pionierunternehmen aus diesem Bereich zu unterstützen.
- Wie der Kanton die Universitäten und Hochschulen bei der Forschung nach CSS und NET unterstützen kann.
- Wie der Standort Basel attraktiver für die Ansiedlung von Pionierunternehmen aus dem Bereich CSS und NET werden kann.
- Welche Projekte des Bundes in diesem Bereich bereits bestehen und wie der Kanton enger mit dem Bund zusammenarbeiten kann um solche Projekte voranzutreiben.
- Wie der Kanton auf die Planung und Realisierung von Projekten zur Kompensation von unvermeidbaren CO₂-Emissionen aus (vorerst) nicht ersetzbaren Prozessen (z.B. Kehrlichtverbrennung und Fernwärme) hinwirken kann und will, bzw. diese zu fördern gedenkt.

Franz-Xaver Leonhardt, Balz Herter, Bruno Lötscher, Andrea Strahm, Pasqualine Gallacchi, Daniel Albiets, Andrea Elisabeth Knellwolf

4. Anzug für verpflichtend betriebliche Berufsbildung in Institutionen und Organisationen mit Pflegeleistungen - fehlende Berufsbildende als Flaschenhals in der Pflege

22.5572.01

Auf nationaler Ebene wurde die Pflegeinitiative am 28. November 2021 durch die Stimmbevölkerung der Schweiz angenommen. Bislang gibt es keine Massnahmen, Vorschläge oder Programme, die den Gesetzesauftrag in Basel-Stadt konkretisieren und umsetzen würden.

Die Pflege von Menschen, sei es im Spital, in Alters- und Pflegeheimen oder der Spitex leidet akut an Fachkräftemangel, aber vor allem auch an Arbeitskräftemangel. Die Pflege von Menschen ist zudem in der Verantwortung der Kantone, auch wenn der Bund übergeordnete Regelungen bzw. Rahmenbedingungen erlassen kann.

Nun ist es nicht einfach das Problem, dass keine ausgebildeten Arbeitskräfte eingestellt werden können, sondern dass im System der Institutionen und Organisationen der Pflege der Aus- und Weiterbildungsauftrag nicht mehr wahrgenommen wird oder werden kann. Das Fehlen der Berufsbildenden, bzw. Ressourcen zur betrieblichen Berufsbildung stellen ein flaschenhalsartiges Problem dar.

Es gibt offensichtlich ein Aus- und Weiterbildungsproblem in der Berufsbildung der Institutionen und Organisationen mit Pflegeleistungen, der substanziiell verbessert werden muss, damit Auszubildende (Fachperson Gesundheit wie Pflegefachperson) betrieblich begleitende berufsbildende Personen verbindlich zur Seite haben - und damit auch nachhaltig für den Pflegebereich gewonnen werden können. Die Institutionen müssen daher zur Berufsbildung verpflichtet und in der Umsetzung dazu finanziell unterstützt werden.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. wie der Kanton die Institutionen und Organisationen in der Pflege einerseits verpflichten und entsprechend finanziell unterstützen kann, die notwendige betriebliche, begleitende Berufsbildung im Gesundheitswesen (EFZ, HF/FH) sicherzustellen und
 2. wie der Kanton die Institutionen und Organisationen in der Pflege andererseits kontrollieren kann, die notwendige betriebliche, begleitende Berufsbildung im Gesundheitswesen (EFZ, HF/FH) sicherzustellen.
- Georg Mattmüller, Melanie Nussbaumer, Melanie Eberhard, Jean-Luc Perret, Raoul I. Furlano, Fleur Weibel, Daniela Stumpf, Thomas Widmer-Huber, Oliver Thommen

5. Anzug zur Situation der Nachhol- und Weiterbildungen bei Gesundheitsberufen

22.5580.01

Die Schweiz und auch Basel steuern auf einen akuten Pflegenotstand zu. Bereits heute fehlt es in den Gesundheitsinstitutionen an Pflegepersonal und die Situation wird sich weiter verschärfen. Eine Möglichkeit, dem Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen entgegenzuwirken, sind Nachhochbildungen in der beruflichen Grundbildung (Lehre, Berufslehre EFZ), aber auch Weiterbildungen für bereits ausgebildete Pflegende der beruflichen Grundbildung (Fachperson Gesundheit) zur Pflegefachperson HF/FH.

Mit der Nachholbildung können Personen, die bereits in der Pflege tätig, z.B. als Pflegehilfe SRK oder Pflegeassistentin EBA sind, aber noch keine entsprechende Ausbildung haben, diese nachholen. Weiter können sich eidg. zertifizierte Fachpersonen Gesundheit an einer Höheren Fachschule zur Pflegefachperson HF weiterbilden und so erweiterte Verantwortungsbereiche in der Pflege wahrnehmen.

Berufsbegleitende Nachholbildung EFZ sowie auch die Weiterbildung HF werden aktuell zu selten genutzt. Interessierte Pflegende sind meistens Erwachsene und führen ein selbständiges Leben. Die nötige Pensenreduktion, um berufsbegleitend die Nachholbildung zu erlangen, führt zu entsprechenden einschneidenden Lohneinbussen,

während die Abgeltungen in der Weiterbildung zur Pflegefachperson HF grundsätzlich zu gering sind. Die fehlenden finanziellen Anreize verhindern potenziell qualifizierende Aus- oder Weiterbildungen. Doch gerade diese könnten der problematischen Pflegesituation entgegenwirken.

Die Hürden bei Nachhol- und Weiterbildungen in Gesundheitsberufen scheinen heute zu hoch zu sein, um attraktiv für Interessierte zu sein. In Anbetracht dessen, bitten die Anzugsstellenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob die Situation von Erwachsenen in der Nachholbildung zur Fachperson Gesundheit existenzsichernd ist;
 - wie sich die finanzielle Situation von Personen während Weiterbildungen zur Pflegefachperson zeigt;
 - welche Massnahmen und Anreize zur Verbesserung der Personen in Nachhol- und Weiterbildung im Gesundheitswesen ergriffen werden könnten.
- Melanie Eberhard, Georg Mattmüller, Sandra Bothe, Fleur Weibel, Daniela Stumpf, Melanie Nussbaumer, Raoul I. Furlano

6. Anzug betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels – mehr Lernende im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung

22.5573.01

Der Fachkräftemangel in der Schweiz ist ein hochaktuelles Thema. Auch der Kanton ist als Arbeitgeber immer stärker davon betroffen, dass er für verschiedene Bereiche kein qualifiziertes Fachpersonal mehr findet. Dies wurde vom Regierungsrat auch mit der Antwort auf die Schriftliche Anfrage von Tim Cuènod «Folgen des Fachkräftemangels für den Kanton in seiner Rolle als Arbeitgeber»

(<https://grosserrat.bs.ch/dokumente/100403/000000403520.pdf>) bestätigt. Vor allem im Bereich der «Informations- und Kommunikationstechnik» seien alle Departemente von einem Mangel an Fachpersonen betroffen.

Neben der Rekrutierung von hochqualifiziertem Personal, das auf einem sehr konkurrenzfähigen Arbeitsmarkt schwierig zu finden ist, rückt dabei die Situation der Lehrstellen in den Fokus. Denn die interne, eigene Ausbildung von Fachkräften im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik bietet verschiedene Vorteile: Der Kanton kann auf die Rolle als interessanter Ausbildungsbetrieb fokussieren, perspektivisch teure Rekrutierung auf dem Arbeitsmarkt verringern und die Identifikation von Arbeitskräften mit dem Kanton als Arbeitgeber stärken.

Die Unterzeichnenden bitten darum den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- wie sich die aktuelle Situation der Lehrstellen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik departementsübergreifend gestaltet?
- was der Regierungsrat für weitere Möglichkeiten sieht, um mehr Lernende im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik auszubilden?
- wie mehr Lehrstellen für Lernende im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik in der kantonalen Verwaltung geschaffen werden können?

Beda Baumgartner, Thomas Gander, Lorenz Amiet, Nicola Goepfert, Luca Urgese, Tim Cuènod, Balz Herter, Toya Krummenacher, Pascal Pfister, Fleur Weibel, Tobias Christ, Annina von Falkenstein, Olivier Battaglia

7. Anzug betreffend wasser- und energiesparsamer Stadtentwicklung

22.5581.01

Wasser wird mit der sich verstärkenden Klimakrise zu einem wichtigen strategischen Gut werden. Gemäss den Szenarien der Studie Hydro-CH2018 zum Wassermanagement der Schweiz ist durch die zwischenzeitliche Gletscherschmelze, Starkniederschläge und Trockenheitsperioden mit stark schwankenden Pegelständen zu rechnen, wie vom Regierungsrat bereits im Klimaanpassungsbericht dargelegt wurde und auch mit Massnahmen im Bereich Schwammstadt angegangen werden soll. Dabei können sich langfristig auch Herausforderungen für die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ergeben, da 100 Prozent dem Rhein entnommen.

Diesen könnte zum einen mit der vermehrten Installation von Regenwasser-Auffangananlagen begegnet werden. Diese würden das Trinkwasser, welches für Wäsche, Toiletten, etc. verwendet wird, ersetzen und somit auch Energie einsparen.

Zum anderen könnte eine teilweise Abkehr vom heutigen Schwemmkanalisationssystem eine geeignete Massnahme sein um einerseits Trinkwasser zu sparen und andererseits Energie zu gewinnen. Zwar hat sich die Schwemmkanalisation als Massnahme der neuen Stadtplanung im fin de siècle zur Steigerung der Lebensqualität und der gesundheitlichen Vorsorge bewährt. Seit der Einführung des Wasserklosets, bei welchem die menschlichen Ausscheidungen mit Wasser zu Schwarzwasser (Fäkalien, Urin, Spülwasser, WC-Papier) vermengt werden, wird diese Biomasse aber nicht mehr genutzt. Im Gegenteil: Zusammen mit dem Grauwasser (Abwasser aus Küchen und Bädern) muss dieses in einer ARA wieder aufwändig gereinigt werden; die Reste werden in der KVA verbrannt. Heute bestehen neue technische Möglichkeiten um sparsamer mit der Ressource Wasser umzugehen. Rund ein Drittel des Trinkwassers in Wohnbauten wird für die WC-Spülung verwendet. Dies ist nicht nur eine Wasserverschwendung, sondern bedeutet wegen der Aufbereitung auch einen vermeidbaren energetischen Aufwand. Durch eine Kompostierung könnte aber nicht nur Wasser gespart werden, sondern auch Biomasse-Energie oder Kompost zu anderen Zwecken gewonnen werden. Entsprechende Projekte gibt es unter anderem in

Deutschland (Hamburg Jenfeld) aber auch in der Schweiz in Genf (Cooperative d'Habitation Equilibrie: cooperative-equilibre.ch). Dabei kommen je nach Bautyp unterschiedliche Methoden zum Einsatz. Einerseits sind dies Vakuumsysteme, durch die das Schwarzwasser einer Biogasanlage zugeführt wird und Strom und Wärme erzeugt wird. Andererseits sind es klassische Kompostieranlagen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. In welchem Umfang Wasser in Trinkwasserqualität für Nutzungen wie Reinigung, Wäsche, Kühlung, WC verwendet wird, bei welchen keine Trinkwasserqualität nötig ist; welche Kosten und welcher Energieaufwand durch die Trinkwasseraufbereitung und dem Schwemmkanalisationssystem der Allgemeinheit entstehen und welche Emissionen (CO₂e) resultieren?
2. Wie durch die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen die Fassung von Regenwasser als Nutzungswasser und von wasser- und chemiefreien Toilettenanlagen zur Gewinnung von Biogas oder Kompost in privaten und öffentlichen Gebäuden gefördert werden kann und welche Auswirkungen dies auf das basel-städtische Schwemmwassersystem und die Abwasserreinigung hätte?
3. Wie Schwarz- und Grauwasser generell besser und mit geringerem Energieaufwand verwertet werden können?
4. Die Realisierung einer wasser- und energiesparsamer Arealentwicklung, die nicht nur über Regenwasserfassungen für Nutzungswasser sondern auch wasser- und chemiefreie Toiletten zur Gewinnung von Biogas oder Kompost verfügt.

Oliver Thommen, Lea Wirz, Brigitte Kühne, Raphael Fuhrer, Michael Hug, Christoph Hochuli, Tonja Zürcher, Andreas Zappalà, Salome Bessenich, Pascal Messerli

8. Anzug betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen

22.5582.01

Die Bauvorhaben im Kanton Basel-Stadt stellen vor allem KMU immer wieder vor schwierige Situationen. Gerade Klein- und Kleinstbetriebe kämpfen schlicht um ihre Existenz, wenn vor der Haustüre eine monate- oder gar jahrelange Baustelle besteht. Künftig werden in Basel noch mehr Baustellen erwartet (Ausbau Fernwärme, Unterhalt Infrastruktur, Umbau Tramhaltestellen, Entsiegelung, etc.). Umsatzeinbussen von bis zu 60% sind dann keine Seltenheit und stellen auch solide Betriebe auf eine harte Probe, gefährden Existenzen und führen zu Entlassungen, steigender Arbeitslosigkeit, höheren Konkursraten, Ladensterben, etc. Dies gilt speziell für Branchen, die noch daran arbeiten, die Folgen der staatlichen Massnahmen der Covid-Epidemie wirtschaftlich zu bewältigen.

Baustellen sind für eine funktionierende Infrastruktur wichtig und unvermeidlich. Jedoch zeigen die vergangenen Jahre, dass Baustellen in unserem Kanton aus unterschiedlichen Gründen sehr oft über den geplanten und kommunizierten Zeitrahmen hinaus weiter bestehen bleiben.

Um möglichen Konkursen, Kündigungen oder Betriebsliquidierungen aufgrund einer Baustellenbelastung entgegenzuwirken, wird eine Unterstützung durch den Kanton gefordert. Durch die Coronapandemie konnten gewisse Erfahrungen zur Abfederung gesammelt werden (rückzahlbarer Kredit, Härtefallentschädigung), welche als Basis dienen können.

Die Anzugsteller:innen bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden kann, Kredite, Entschädigungen oder staatliche Hilfen für Kleinunternehmen bis zu einem Jahresumsatz von CHF 5 Mio. zu ermöglichen, welche von Baustellenvorhaben in besonderem Masse betroffen sind.

Alex Ebi, Balz Herter, Corinne Eymann-Baier, Felix Wehrli, Nicole Strahm-Lavanchy, Heidi Mück, Mahir Kabakci, Michela Seggiani, David Wüest-Rudin, Thomas Müry, Philipp Karger, Oliver Thommen, Catherine Alioth, Beda Baumgartner, Olivier Battaglia, Karin Sartorius, Sandra Bothe, Joël Thüring, Lydia Isler-Christ, Raoul I. Furlano, Tonja Zürcher, Béla Bartha, Andreas Zappalà, Toya Krummenacher, Niggi Daniel Rechsteiner, Luca Urgese, Lukas Faesch, Jeremy Stephenson, Raphael Fuhrer, Annina von Falkenstein

9. Anzug betreffend beim Amtsantritt hat jedes Mitglied des Parlaments das Amtsgelübde abzulegen

22.5575.01

Bei Amtsantritt hat jedes Mitglied des Parlaments (Grosser Rat) das Amtsgelübde abzulegen. Es soll im Grossrats-Gesetz verankert werden und könnte so lauten:

Ich gelobe als Mitglied des Rates Verfassung, Gesetze des Bundes und des Kantons BS zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass jeder Grossrat in Zukunft bei Amtsantritt das Amtsgelübde ablegt.

Eric Weber

10. Anzug betreffend Berichterstattung zu Volksinitiativen sowie parlamentarischen Vorstössen, von denen die Mitglieder des Regierungsrats unmittelbar persönlich betroffen sind

22.5579.01

Wiederholt musste der Regierungsrat dem Grossen Rat in der Vergangenheit zu Volksinitiativen oder parlamentarischen Vorstössen berichten, von deren Behandlung resp. Umsetzung eine Mehrheit oder die Gesamtheit seiner Mitglieder persönlich betroffen waren.

Als wichtigste Beispiele der letzten Jahre sind die Volksinitiativen «für eine zeitgemässe finanzielle Absicherung von Magistratspersonen (Keine goldenen Fallschirme mit Steuergeldern)» und «betreffend Abschaffung des Präsidialdepartements und Reduktion der Anzahl der Mitglieder des Regierungsrats von 7 auf 5 Mitglieder» sowie als jüngste Vorstösse die Motionen von Joël Thüring und Konsorten betreffend «Karenzfrist für ehemalige Mitglieder des Regierungsrates» und von Heidi Mück und Konsorten betreffend «Regelungen für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät*innen und weitere Amtsträger*innen» zu nennen.

§ 74 unserer Kantonsverfassung verlangt, dass sich Behördenmitglieder bei Geschäften, die sie unmittelbar persönlich betreffen, in den Ausstand begeben. § 24 OG (SG 153.100) legt fest, dass die allgemeinen Vorschriften, die den Ausstand und die Beschränkung der Stimmgabe für Behördenmitglieder und Beamte regeln, auch für die Mitglieder des Regierungsrates gelten. Noch deutlicher ist § 1 des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100), wonach ein Mitglied einer kantonalen Behörde «bei eigener Beteiligung, d. h. in eigener Sache, oder in einer Sache, von deren Entscheid es einen Vorteil oder Nachteil zu erwarten hat» in den Ausstand treten muss.

Sind nur einzelne Regierungsmitglieder von einem Geschäft persönlich betroffen, können sie einzeln in den Ausstand treten. Muss sich die Regierung jedoch etwa mit der potenziellen Kürzung der Ruhegehälter oder der Reduktion der Anzahl Regierungssitze auseinandersetzen, so beschlägt der Interessenkonflikt mehrere (wenn nicht alle) Regierungsmitglieder und hat – wenn den gesetzlichen Regelungen nachgelebt wird – den Ausstand zur Folge. Entsprechend wäre die Regierung gar nicht beschlussfähig und könnte keinen Bericht verabschieden.

Es geht dem Anzugsteller nicht darum, eine Stellungnahme des RR zu einem Geschäft zu verhindern. Personen, die von einem Geschäft persönlich betroffen sind, sind in geeigneter Weise anzuhören, aber die eigentliche Berichterstattung soll in einer solchen Situation künftig nicht dem betroffenen, sondern einem anderen Gremium obliegen, etwa dem Büro oder einer Sachkommission des Grossen Rates.

Das Ratsbüro wird daher gebeten, dem Grossen Rat Lösungen zur Behebung dieses Systemfehlers vorzuschlagen (namentlich durch Anpassung der Geschäftsordnung und ihrer Ausführungsbestimmungen sowie des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum, SG 131.100).

Der Anzugsteller hätte für sein Anliegen richtigerweise zum Instrument der Motion greifen müssen. Dies hätte aber erneut zu einer Befangenheit der Regierung geführt, weshalb ein Anzug ans Ratsbüro gerichtet wird in der Hoffnung, dass das Büro dem Grossen Rat eine umfassende Lösung des Dilemmas unter Anpassung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen vorschlagen wird.

Daniel Albietz

11. Anzug betreffend "Massnahmen gegen die überfüllte Notfallstation und die Überbelastung des Personals in den Spitälern"

22.5593.01

Wie den Medien zu entnehmen war, sind die Notfallstationen der Region Basel derzeit am Limit. So werden beispielsweise im Universitätsspital Basel "die vorhandenen Kapazitäten zur Aufnahme von stationären Patientinnen und Patienten zeitweise um das Doppelte überschritten", wie es in einer Mitteilung des Spitals hiess. Auch habe es an gewissen Tagen nicht mehr genügend Betten. Aufgrund der hohen Auslastung seien bereits nicht dringliche Eingriffe verschoben worden, um das Spital und das Personal nicht noch stärker zu belasten.

Pflegekräfte haben, unabhängig vom Spital, auf den Sozialen Medien dazu aufgerufen, nicht wegen "jedem Wehwehchen" auf den Notfall zu gehen.

Unabhängig des aktuellen Peaks ist die Lage nicht neu: Schon seit Jahren nimmt die Belastung der Notfallstation in allen Spitälern der Schweiz kontinuierlich zu. Dabei spielen neben verschiedenen saisonalen Aspekten (Infektionskrankheiten, Stürze etc.) und dem Fachkräftemangel auch das Verhalten der Patientinnen und Patienten eine Rolle. So hat im Sommer 2022 der Kanton Zürich aufgrund der Überlastung der Zürcher Spitäler in einer Mitteilung festgehalten, dass immer mehr Personen die Notfallstation mit Bagatellfällen aufsuchen, welche nicht unmittelbar lebensbedrohlich seien und in Hausarztpraxen behandelt werden könnten.

Auf nationaler Ebene sind Bestrebungen zur Einführung einer Gebühr für Bagatellfälle auf der Spitalnotfallaufnahme im Gange. Diese Gebühr soll die Überlastungsgefahr reduzieren und einen Anreiz schaffen. In der Herbstsession der eidg. Räte wurde ein entsprechender Vorstoss der GLP (a. Nationalrat Thomas Weibel) im Nationalrat gutgeheissen, welcher diese Idee weiterverfolgen soll.

Unabhängig des Ausgangs dieser Debatte auf nationaler Ebene, derzeit würde die Einführung einer solchen Gebühr im Kanton Basel-Stadt noch gegen Bundesrecht verstossen, sind aus Sicht des Anzugsstellenden dringend Massnahmen notwendig, um sicherzustellen, dass die Notfallstationen künftig wieder weniger stark belastet sind und insbesondere Bagatellfälle nicht mehr auf derselben landen.

Der Anzugsteller bittet daher den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, welche zusätzlichen Massnahmen er als Eigner in Abstimmung und Absprache mit dem Universitätsspital ergreifen kann, um sicherzustellen, dass künftig die Notfallstationen weniger stark belastet sind und die Zahl der Bagatellfälle auf derselbigen abnehmen. Massnahmen sind idealerweise auch mit den Privatspitälern zu koordinieren.

Joël Thüring

Interpellationen

Interpellation Nr. 140 betreffend befördert Basel die illegale Migration?

22.5583.01

Seit Sommer 2023 ist in ganz Basel zu sehen, dass immer mehr Asylanten in Basel zu sehen sind, vor allem an den Bahnhöfen SBB und Basel Badischer Bahnhof. Meist sind es Gruppen von jungen Männern zwischen 16 und 30 Jahren.

Die Schweiz schickt tausende ankommende Asylanten, die in andere Länder reisen wollen, weiter nach Basel an die Grenze zu Deutschland und Frankreich. Die Polizei im Kanton St. Gallen bestätigte die Praxis: "Wir erlauben formell die Weiterreise." Nun kommt Kritik aus Deutschland. "Wenn diese Berichte zutreffen, betreibt die Schweiz ein reines Durchwinken", sagt Andrea Lindholz, die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. "Nationale Egoismen schaden dem Schengenraum."

Das Schweizer TV-Magazin "Rundschau" hatte Anfang Oktober gezeigt, dass die Schweizer Bahn SBB Migranten, die aus Österreich in Buchs im Kanton St. Gallen eintreffen, eigene Waggons für die Weiterfahrt über Zürich nach Basel bereitstellt. Für Lindholz fördern die SBB damit die illegale Einreise nach Deutschland. Sie forderte ein Einschreiten der Schweizer Behörden. "Die Schweiz muss ihre Pflichten als Mitglied des Schengenraumes erfüllen und gegen illegale Migration vorgehen."

1. Wie sieht die Regierung die allgemeine Lage?
2. Wird die Kantonspolizei von der SBB informiert, wenn wieder Sonder-Waggons mit Asylanten in Basel eintreffen?
3. Der Schreibende beobachtet täglich im Bahnhof SBB und im Badischen Bahnhof Gruppen von junger Männer, die sich in den Bahnhöfen aufhalten in Basel und auf die Weiter Reise warten. Ist der Regierung diese Situation bewusst und was wird konkret gemacht?
4. Es ist klar, die Lage ist nicht einfach, aber was kann für eine Entschärfung der Lage gemacht werden? Denn so wie bisher, kann es nicht mehr weitergehen.

Eric Weber

Interpellation Nr. 141 betreffend der Sperrung der Meret Oppenheim-Strasse und den Auswirkungen auf das Gundeldinger Quartier, die Verkehrsteilnehmer:innen und den Öffentlichen Verkehr

22.5594.01

Die Absicht der SBB, eine zweite Passerelle als "langfristiges Provisorium" zu erstellen und das Gleisfeld zu erweitern resp. die Kapazitäten am Bahnhof SBB zu erweitern, ist schon sehr lange bekannt. Die Notwendigkeit dieser Schritte in Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Basel resp. Sicherheitsfragen ist völlig unstrittig.

Nicht bekannt war hingegen die Tatsache, dass die Meret Oppenheim-Strasse vom 3. Januar bis Ende 2025 während fast dreier Jahre weitestgehend gesperrt und insbesondere kein Durchgangsverkehr mehr möglich sein wird. Die SBB haben diesen Schritt am 21. Dezember bekannt gemacht – eine vorgängige Kommunikation gegenüber Quartierbewoher:innen, Quartierorganisationen oder anderen Interessierten hat nicht stattgefunden. Diese Kommunikation knapp zwei Wochen vor Baubeginn ist insofern befremdend, als die Meret-Oppenheim-Strasse für das "Gundeli" eine wichtige "Bypass"-Funktion hat.

Die sehr kurzfristige Informationspolitik der SBB hat zur Folge, dass dieser Umbau viele offene Fragen mit sich bringt, die längst nicht nur die Bundesbahnen betreffen. In diesem Zusammenhang bittet der Schreibende den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Seit wann sind dem Regierungsrat der Zeitpunkt der Baupläne der SBB bekannt?
2. Hat der Regierungsrat versucht darauf hinzuwirken, dass diese Baupläne der SBB frühzeitig kommuniziert werden und den am stärksten Betroffenen (u.a. Quartiervertreter:innen) Möglichkeiten geboten werden, Fragen zu diesen Plänen zu stellen?
3. Mit wie viel Mehrverkehr ist bei einer Sperrung der Meret Oppenheim-Strasse auf Basis der Verkehrssimulationen des Gesamtverkehrsmodells insbesondere auf den folgenden Strassen zu rechnen:
 - a) Güterstrasse (von der Solothurnerstrasse zur Margarethenstrasse UND von der Thiersteinerallee zur Solothurnerstrasse)

- b) Dornacherstrasse (von der Solothurnerstrasse zur Margarethenstrasse UND von der Thiersteinallee zur Solothurnerstrasse)
 - c) Solothurnerstrasse
 - d) Gundeldingerstrasse
 - e) Thiersteinerstrasse (in beide Richtungen)
4. Wie verändern sich diese Zahlen, wenn es infolge der Sanierung der Peter-Merian-Brücke (die ja auch 2023 / 2024 stattfinden wird) zu einer teilweisen oder kurzfristig gar vollständigen Sperrung derselben kommen wird?
 5. Wie stark negativ wird sich dieser Mehrverkehr insbesondere während der Stosszeiten auf die Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit des ÖVs und insbesondere auf die Güterstr. und die Tramlinie 16 auswirken?
 6. Wurden seitens Kanton flankierende Massnahmen in Betracht gezogen, um einer stärkeren Verkehrsbelastung des Gundeldinger Quartiers vorzubeugen?
 7. Was passiert mit den Fernverkehrs-Bussen? Können diese als "Zugangsverkehr" weiterhin via Margarethenstr. zum Bahnhof gelangen? Oder ist mit einer deutlichen Zunahme an Bussen auf der Peter Merian-Brücke zu rechnen (nota bene während ihrer Sanierung)
 8. Östlich der Passerelle werden ja die Carparkplätze zumindest während der Bauzeit aufgehoben werden. Wird es denn während der Bauarbeiten voraussichtlich in genügend grosser Zahl Carparkplätze östlich der Passerelle geben? Oder muss der Busverkehr während der Bauarbeiten teilweise von einem anderen Standort aus erfolgen?
 9. In einer Antwort auf einen Anzug des Schreibenden (20.5338.02) hat der Regierungsrat festgehalten: "Die SBB ist verpflichtet, die heute vorhandene Anzahl an Veloabstellplätzen auch während der mehrjährigen Baustellenzeit anzubieten." Ab dem 16.1. werden die Veloparkplätze unter der Passerelle offenbar vollständig aufgehoben. Den Unterlagen der SBB ist zu entnehmen, dass ein Grossteil der Ersatz-Veloparkplätze an der Meret-Oppenheim-Strasse östlich der Passerelle liegen soll.
 - a) Wie stellt der Kanton sicher, dass diese Verpflichtung der SBB eingehalten wird?
 - b) Ist gewährleistet, dass diese 700 Ersatz-Veloparkplätze immer erreicht werden können (die Strasse ist ja für Durchgangsverkehr gesperrt)?
 - c) Ist auch gewährleistet, dass man von diesen Velo-Parkplätzen auch ohne riesigen Umweg zur Passerelle gelangen kann?
 - d) Zudem ist auf dieser Karte ein Ersatz-Veloparking nahe beim Coop-Südpark eingezeichnet, wo schon heute fast immer Velos stehen? Inwiefern entstehen an dieser Stelle Ersatz-Veloparkplätze?
 - e) Die SBB schreibt zudem auf ihrer Webseite: „Weitere Abstellplätze finden Sie zudem in der Velostation Centralbahnhof beim Bahnhofgebäude.“ Ist dies ein einfacher Hinweis oder wird tatsächlich ein Teil der 700 Veloparkplätze nördlich des Gleisfeldes zum Centralbahnhof hin verlagert?
 10. Inwiefern werden die Bewohnerinnen und Bewohner des Gundeli rechtzeitig über die Sperrung des Bahnhofszuganges an der Hochstrasse resp. Solothurnerstrasse ab dem 13.2. (bis Ende 23') sowie die Aufhebung der Veloabstellanlagen informiert?
 11. Werden gewisse Infrastrukturen an der Meret Oppenheim-Strasse aufgrund der Erweiterung des Gleisfeldes definitiv nicht mehr zur Verfügung stehen?
 12. Wird es insbesondere in Zukunft (also nach 2025) noch eine Meret Oppenheim-Strasse geben, die ihre heutige Bypass-Funktion behalten und eine noch stärkere Verkehrsbelastung des Gundeli-Quartiers verhindern kann?

Tim Cuénod

Interpellation Nr. 142 betreffend Feuerwerk rund um den Jahreswechsel 2022/2023

23.5001.01

Während das grosse „offizielle“ Feuerwerk am Rhein an Silvester 22/23 mangels Sponsorengeldern ausfiel, erreichte das Ausmass privater „Knallereien“ nach Wahrnehmung Vieler ein neues Ausmass. Die Stadtreinigung sprach denn auch von einer „Riesensauerei“ bezüglich Restebeseitigung der abgebrannten Feuerwerkskörper, die 3 Stunden länger als üblich beansprucht habe (vgl. bazonline, 2.1.23). Vielen Personen dürfte nicht bewusst sein, dass das Abbrennen von Feuerwerk auf Kantonsgebiet bewilligungspflichtig ist.

Wer ohne Bewilligung „böllert“, wird mit Busse bestraft (§66a PolG). Die Polizei sah sich gemäss dem genannten Zeitungsartikel nicht in der Lage, diese Bestimmung konsequent durchzusetzen. Zum einen sei eine Durchsetzung der Bewilligungspflicht neben „allen sonstigen Einsätzen in den Nächten um Neujahr ... schlichtweg nicht möglich“, zum anderen dulde man die Knallerei auch wegen der Verhältnismässigkeit (siehe baz, a.a.O).

Die schädlichen Auswirkungen des Abbrennens von Feuerwerkskörper auf Umwelt, Gesundheit und insbesondere die Tierwelt (Wildtiere wie Haustiere) sind hinlänglich bekannt und wurden u.a. bereits im Anzug Thomas Grossenbacher betr. 1. August ohne offizielle Feuerwerke (20.5432.01.) ausführlich beschrieben. Menschen mit Atemproblemen leiden besonders. Hinzu kommen gerade dieses Jahr die Flüchtenden aus der Ukraine und anderen Kriegsgebieten, die durch die Knallerei retraumatisiert werden können. Besonders störend ist, dass sich die privaten Feuerwerke an

keinerlei zeitliche Begrenzung halten. Die Feuerwerkskörper werden buchstäblich zu jeder Tages- und Nachtzeit und auch in den Tagen vor und nach Silvester/Neujahr abgefeuert.

Das Abbrennen von Feuerwerk an Silvester beruht bei uns, anders als in anderen Ländern, auch nicht auf Tradition. Das vertraute Läuten der Glocken zum Ausklang des alten und Begrüssung des neuen Jahres ging dagegen aufgrund der Knallerei an vielen Orten völlig unter.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat das Ausmass und die Auswirkungen auf die Umwelt, Gesundheit und vor allem Tierwelt des privaten Abbrennens von Feuerwerken rund um den Jahreswechsel 2022/2023?
2. Sieht er Handlungsbedarf, diese privaten Feuerwerke bei künftigen Gelegenheiten (neben Silvester betrifft dies auch den ersten August) einzuschränken, vom Ausmass her oder zumindest in zeitlicher Hinsicht?
3. a) Wie stellt er sich zur Aussage, die Polizei sei nicht in der Lage, das Bewilligungspflicht durchzusetzen?
b) Wie viele der gemäss Zeitungsbericht 60 Polizeieinsätze in der Neujahrsnacht standen im Zusammenhang mit Pyrotechnik?
c) Wurden Bussen ausgesprochen wegen unbewilligten Abfeuerns von Feuerwerkskörpern? In der Silvesternacht einerseits und andererseits in den Tagen davor und danach?

Sasha Mazzotti

Interpellation Nr. 143 betreffend ist ein erhöhter Verzugszins bei Steuerforderungen wirklich nötig?

23.5004.01

Ab dem 1. Januar 2023 gelten neue Gesetze und Verordnungen. Der Vergütungszinssatz für Steuervorauszahlungen erhöht sich im 2023 von 0,1 auf 0,5 Prozent – somit profitieren all diejenigen, die in der Lage sind, ihre Steuerschulden vor dem Fälligkeitsdatum (31. Mai des Folgejahres) begleichen zu können. Dies ist eine Anpassungsmassnahme an die generell gestiegenen Zinsen, beispielsweise bei Konten auf Banken und nachvollziehbar.

Aber es sind nicht alle Steuerzahlenden in der Lage ihre Steuern vorzeitig und vollständig bezahlen zu können und deshalb ist es alles andere als nachvollziehbar, dass Steuerausstände seit diesem Jahr stärker bestraft werden. Statt wie bis anhin die Steuerschulden mit einem Zins von 3 Prozent zu belasten, gilt ab dem 1. Januar ein Belastungszins von 3,5 Prozent.

Es stellt sich die Frage, ob diese Erhöhung in Anbetracht des geplanten Steuersenkungs-Paket, welches Mindereinnahmen in Millionenhöhe generiert und unter Berücksichtigung der aktuellen Teuerung aus sozialpolitischer Sicht wirklich notwendig und sinnvoll ist.

Es werden mehrheitlich Steuerzahlende ohne Vermögen, die ihre Steuern mit monatlichen Teilzahlungen in Raten begleichen und dann den Restbetrag mit der Auszahlung des 13. Monatslohn Ende November bezahlen, zusätzlich finanziell belastet und dies obwohl der Kanton Basel-Stadt auf diese Mehreinnahmen nicht angewiesen wäre.

Es gibt deshalb keinen nachvollziehbaren Grund eine Erhöhung des Verzugszinses einzufordern. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass ein Grossteil der Betroffenen Familien mit Kindern ist.

Bezugnehmend auf die geschilderten Problemstellungen, bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Gründe und welche Notwendigkeiten haben den Regierungsrat dazu veranlasst, den Verzugszins per 1. Januar 2023 um 0,5% auf neu 3,5 Prozent anzuheben?
2. Wie viele der Steuerzahlenden im Kanton Basel-Stadt sind von dieser Zinserhöhung betroffen? Wie hoch ist der prozentuale Anteil von allen Steuerzahlenden im Kanton Basel-Stadt? Wie hoch ist der prozentuale Anteil von Familien?
3. Mit welchen Mehreinnahmen rechnet der Regierungsrat durch die Erhöhung des Belastungszinses?
4. Was sind die Gründe des Regierungsrats, dass er den Verzugszins im Sinne einer Kaufkraftermassnahme nicht gesenkt hat – beispielsweise auf einen Wert von 1,8 Prozent wie in Deutschland?
5. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass es in der aktuellen wirtschaftlichen Situation notwendig und sinnvoll ist, die Kaufkraft generell zu stärken – insbesondere von Menschen mit tiefen Einkommen und von Familien?
6. Ist der Regierungsrat bestrebt diese Erhöhung wieder rückgängig zu machen?

Oliver Bolliger

Interpellation Nr. 144 betreffend Schutz für Menschen mit vom Strom abhängigen (z.T. lebenserhaltenden) medizinischen Geräten bei flächendeckendem Stromausfall

23.5005.01

In diesem Winter besteht aufgrund der besonderen Weltlage das Risiko geplanter oder ungeplanter Stromausfälle. Selbst flächendeckende Netzabschaltungen können gemäss den Überlegungen des Bundesrates vom 23.11.2022 als Ultima Ratio nicht ausgeschlossen werden.

Im Kanton Basel-Stadt gibt es Menschen, die zu Hause leben und auf vom Strom abhängige medizinische Geräte (teilweise auch lebenserhaltende) angewiesen sind. Für diese Personen sind die Überlegungen des Bundesrates keineswegs beruhigend, da die Folgen einer Netzabschaltung für sie gravierend wären. Ein Beispiel ist die Nutzung von Heimbeatmungsgeräten zur Atemunterstützung bei schwerer Apnoe.

Vor diesem Hintergrund bittet der Interpellant die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Ist es für Betroffene möglich, sich an eine zentrale Meldestelle zu wenden?
- Sind die medizinischen Fachkräfte, vor allem Hausärztinnen und Hausärzte, darüber informiert, welche vorsorglichen Massnahmen für den Notfall geplant werden?
- Werden Patientinnen und Patienten über eventuelle Notfallmassnahmen ausreichend informiert?
- Wie weit sind die IWB in der Lage, auf individuelle Notfälle zu reagieren?

Bruno Lötscher-Steiger

Interpellation Nr. 145 betreffend Kommunikation der Sicherheitsbehörden bei unmittelbarer Gefahrenlage

23.5006.01

Am 19. Dezember 2022 trieb ein Amokfahrer auf dem Fahrrad sein Unwesen und schlug mit einem gefährlichen Gegenstand auf andere Velofahrer ein. Mehrere Personen mussten schwer verletzt ins Spital eingeliefert werden. Der Täter wurde nicht gefasst, hat am 6. Januar 2023 wahrscheinlich wieder zugeschlagen und eine weitere Velofahrerin verletzt.

Am Abend des 19. Dezembers 2022 kursierte auf den sozialen Medien bereits eine Warnung an alle Velofahrer in Basel, dass jemand anderen Velofahrern von hinten eine Eisenstange auf den Kopf schlagen würde und bereits mehrere Personen in den Notfall mussten. Die Staatsanwaltschaft hat diese Verbrechen hingegen erst am nächsten Tag kommuniziert. Alle Menschen, welche am Abend die Meldung auf den sozialen Medien gelesen haben, wussten bis zum nächsten Morgen somit nicht, ob diese Meldung richtig war, sich die Gefahrenlage entschärft hat oder noch weiter existierte.

Aus Sicht des Interpellanten wäre in solchen Fällen eine rasche offizielle Kommunikation der Behörden via Social-Media-Plattformen wie Twitter aus unterschiedlichen Gründen sinnvoll. Die Menschen wären gewarnt und sensibilisiert und würden bei verdächtigen Situationen eher die Polizei rufen. Die Wahrscheinlichkeit, den Täter zu fassen, wäre somit grösser. Zudem könnte man mit einer proaktiven Kommunikation auch Falschmeldungen oder Gerüchte aus der Welt schaffen. Andere Städte wie München oder Wien haben bei Terroranschlägen oder Amokläufen Social-Media-Plattformen wie Twitter sehr gut eingesetzt und konnten bei einer unmittelbaren Gefahrenlage schnell und effizient mit der Bevölkerung und den Medien kommunizieren.

In diesem Zusammenhang ersucht der Interpellant den Regierungsrat um Antworten zu folgenden Fragen:

1. Aus welchen Gründen wurde die Bevölkerung am 19. Dezember 2022 nicht über die Amokfahrt unmittelbar informiert?
2. Existieren Pläne oder durchdachte Abläufe, wie die Bevölkerung im Falle eines Terroranschlags oder eines bewaffneten Amoklaufs schnell informiert bzw. gewarnt werden kann?
3. Aus den Medien war zu entnehmen, dass die Polizei nicht mehr kommunizieren durfte, weil der Fall bereits bei der Staatsanwaltschaft war. Inwiefern wird dieser rein formelle Aspekt aufgearbeitet, dass in Zukunft eine offizielle Stelle bei einer unmittelbaren Gefahrenlage schnell kommunizieren kann?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat die sozialen Medien in Zukunft besser einzusetzen?
5. Würde es für die umfassendere Bewirtschaftung der Social-Media-Plattformen zusätzliche personelle Ressourcen benötigen?
6. Städte wie Wien oder München haben während Terroranschlägen oder Amokläufen gezeigt, dass die Kommunikation auf den sozialen Medien der Bevölkerung einen Mehrwert bieten kann. Orientiert man sich als Kanton an solchen Erfolgskonzepten?

Pascal Messerli

Interpellation Nr. 146 betreffend Demonstrationsstatistik 2022

23.5007.01

Am 04.01.2023 wurde erstmals eine komplette Liste mit allen polizeilich bekannten Demonstrationen veröffentlicht. Begründet wird die Veröffentlichung mit dem gesteigerten öffentlichen Interesse an Demonstrationen. Bereits in der Schriftlichen Anfrage Heidi Mück betreffend Anzahl Demonstrationen in Basel (22.5325) wird darauf hingewiesen:

«Eine wichtige Grundlage, um die verschiedenen Nutzungsansprüche im öffentlichen Raum zu erfüllen, ist neben der sorgfältigen Koordination auch ein offener und faktenbasierter Dialog mit allen Anspruchsgruppen. Aus diesem Grund ist es wichtig, mehr Details zur kommunizierten Anzahl Demonstrationen und Kundgebungen zu kennen.»

Es ist daher unverständlich, wieso die neue Demonstrationsstatistik, die in der Schriftlichen Anfrage Mück angefragten Zahlen, nun nicht aufweist. Mit den neu vorgelegten Zahlen wird eine differenzierte Diskussion über Demonstrationen leider nur begrenzt ermöglicht. Gerade auch die Grösse einer Demonstration, Standkundgebung oder Mahnwache stellt einen wichtigen Faktor dar, wie stark die Allgemeinheit überhaupt davon betroffen ist. Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. An wie vielen Demonstrationen nahmen nach Schätzung der Polizei weniger als 50, zwischen 50 und 250 und mehr als 250 Personen teil?
2. An wie vielen Standkundgebungen nahmen nach Schätzung der Polizei weniger als 50, zwischen 50 und 250 und mehr als 250 Personen teil?
3. An wie vielen Mahnwachen nahmen nach Schätzung der Polizei weniger als 50, zwischen 50 und 250 und mehr als 250 Personen teil?
4. Bei wie vielen Demonstrationen wurde der öffentliche Verkehr in grösserem Ausmass gestört?
5. Bei wie vielen Demonstrationen mit mehr als 250 Teilnehmenden verlief die Route durch die Innenstadt gemäss Kernzone aus dem Verkehrskonzept Innenstadt?
6. Wie viele Demonstrationen mit mehr als 250 Teilnehmenden mit Route durch die Innenstadt fanden an einem Wochenende zu Ladenöffnungszeiten (09:00-18:00 Uhr) statt?
7. Was waren im Jahr 2022 die Gründe für abgelehnte Gesuche?
8. Kann erwartet werden, dass die Demonstrationsstatistik in Zukunft mit den detaillierten Zahlen veröffentlicht wird, um eine differenzierte Diskussion zu ermöglichen?
9. Werden die Zahlen zu Demonstrationen/Standkundgebungen/Mahnwachen, bzw. früher Demonstrationen und Kundgebungen seit 2015 mit der gleichen Methode erhoben oder gab es eine Änderung (abgesehen von der Benennung und Ausdifferenzierung) bei der Erhebung? Falls es zu Änderungen/Anpassungen in der Methode oder der Praxis kam, inwiefern?

Nicola Goepfert

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Mülldienst der neuen Mülleimer

22.5576.01

An einem Samstag Morgen um 7 Uhr fällt mir auf, dass die neuen Mülleimer in der Zentral-Stadt, also im Stadtzentrum, fast alle überfüllt sind. Sie gehen schlicht nicht mehr, da voll. Der Müll lagert sich dann neben den neuen Mülleimern.

Die Stadtreinigung sehe ich um 7 Uhr. Und diese räumt auf.

1. Warum ist es nicht möglich, in der Nacht von Freitag zu Samstag und in der Nacht von Samstag zu Sonntag Müllmänner los zusenden, die schauen, dass die neuen Mülleimer funktionieren?
2. Es tut einfach weh, zu sehen, dass man die neuen Mülleimer sieht, dass diese voll sind. Und der Müll daneben auf der Strasse liegt. Wie soll es mit den neuen Mülleimern weitergehen? Wie viele gibt es davon jetzt in der Stadt? Und wie viele davon soll es bis Ende 2023 geben?

Eric Weber

2. Schriftliche Anfrage betreffend Basler Fasnacht und Corona

22.5577.01

Es ist bekannt, dass das Münchner Oktoberfest 2022, zu einer Corona-Schleuder wurde. Danach gab es viele neue Ansteckungen und die Kurve stieg stark nach oben.

1. Was plant die Basler Regierung konkret, dass die Basler Fasnacht 2023 nicht zu einer Corona-Schleuder werden wird?
2. Wie waren die Zahlen in Basel nach der Fasnacht 2022? Stieg da Corona im Kanton markant an?
3. Wie ist es nach grossen Fussball-Spielen des FC Basel? Steigen dann auch die Corona-Zahlen?
4. Die Fasnacht spielt sich zu 80% auf der Strasse ab. Dort ist viel Luft. Dennoch hiess es, Fasnacht sei gefährlich, wegen Corona. Ist damit konkret gemeint, dass es gefährlich sein kann, in den zahlreichen Cliquen Kellern? Ich meine dort, wo sich die Fasnächtler in ihren Club-Räumen treffen?

Eric Weber

3. Schriftliche Anfrage betreffend Qualifizierung von Lehrpersonen

22.5578.01

Aus pädagogischen Gründen macht es insbesondere auf der Primarstufe Sinn, dass möglichst wenig Lehrpersonen in einem Team eine Klasse unterrichten. So kann es allerdings geschehen, dass der Unterricht in gewissen Fächern (z.B. Französisch, Turnen) von Lehrpersonen erteilt wird, die dafür nicht ausgebildet/qualifiziert sind.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, in diesem Zusammenhang zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen (Bitte auch mit Angaben zu den Schulen in Riehen und Bettingen):

1. In wie vielen Primarklassen wird der Unterricht im Fach Französisch von Lehrpersonen erteilt, die für dieses Fach über keine spezifische Ausbildung (Niveau Abschluss PH) verfügen?
2. Für welche anderen Fächer besteht auf der Primarstufe ein Mangel an entsprechend ausgebildeten Lehrpersonen?
3. Welche Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote macht das Erziehungsdepartement, resp. die Leitung der Gemeindeschulen Riehen/Bettingen Lehrpersonen, die für ein Fach, das sie unterrichten, nicht über die nötige Fachausbildung verfügen? In welchem Umfang werden die Lehrpersonen für den Erwerb dieser Zusatzqualifikation entlastet (Übernahme der Kurskosten, Entlastung vom Unterricht resp. Entschädigung für die zusätzlich zum ordentlichen Arbeitsauftrag zu leistende Weiterbildungsarbeit)?
4. Wie werden Lehrpersonen ohne die gesetzlich erforderlichen Fachqualifikationen in ihrer rechtlichen Haftung von ihren Arbeitgebern geschützt, falls die anvertrauten Schülerinnen und Schüler während des Unterrichts Unfälle erleiden? Wie sind Lehrpersonen ohne erforderliche Fachqualifikation, die von der Schulleitung zugewiesene schulische Exkursionen leiten, technisches Gestalten mit mechanischen Werkzeugen erteilen oder Sportunterricht durchführen trotz der fehlenden Lehrberechtigung gegen zivil- und strafrechtliche Konsequenzen im abgesichert und in welchen Fällen haften sie selbst?

Ab kommendem Schuljahr 2023/2024 wird auf der Primarstufe neu „Medien und Informatik“ als Fach unterrichtet. Vorgesehen ist, dass dieses Fach möglichst von Lehrpersonen erteilt wird, die in der Klasse „Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG)“ unterrichten.

5. Wie viele Lehrpersonen, die derzeit NMG unterrichten, verfügen als Abgänger*innen einer Fachhochschule bereits über eine Qualifikation für das Fach „Medien und Informatik“, wie viele nicht?
6. Auf welche Art und Weise plant das Erziehungsdepartement, resp. die Leitung der Gemeindeschulen Riehen/Bettingen, die Lehrpersonen, die noch nicht über die nötigen Fachkenntnisse verfügen, bis im Sommer 23 zu qualifizieren? Ist es/sie bereit, die Kurskosten zu übernehmen und die Lehrpersonen für die Weiterqualifikation vom Unterricht (zumindest teilweise) freizustellen resp. sie für die zusätzlich zum ordentlichen Arbeitsauftrag zu leistende Weiterbildungsarbeit zu entlasten?
7. An den einzelnen Schulstandorten sollten Lehrpersonen verfügbar sein, die zum Thema „Medien und Informatik“ über ein breiteres Fachwissen verfügen (Niveau CAS), um Kolleginnen und Kollegen unterstützen zu können. An wie vielen Standorten sind solche Fachleute vorhanden? Welche Anreize gedenkt das Erziehungsdepartement, resp. die Leitung der Schulen von Riehen/Bettingen zu geben (Übernahme Kurskosten, Freistellung vom Unterricht), damit sich an allen Standorten Lehrpersonen finden lassen, welche die entsprechende, (auch zeitlich) anspruchsvolle Weiterbildung absolvieren?

Claudio Miozzari

4. Schriftliche Anfrage betreffend Sommerstress des Basler Baumbestands

22.5585.01

Kürzlich schrieb die Stadtgärtnerei, dass wiederum 200 Bäume ersetzt werden müssen. Es bleibt zu befürchten, dass die immer heftiger und häufiger auftretenden Extremwetterlagen, die Langlebigkeit von Stadtbäumen negativ beeinflussen und der Umsatz von Bäumen immer schneller vonstatten geht. Gemäss einer Studie werden schon heute die Stadtbäume kaum mehr als 40ig Jahre alt. Damit verliert der Baumbestand allmählich seinen positiven Klimaeffekt. Es besteht die Gefahr, dass mit den Neupflanzungen lediglich eine Symptombekämpfung stattfindet und die Problematik nicht an der Wurzel angegangen wird.

- Welche Auswirkungen auf den Baumbestand hatten die heftigen Unwetter und die Hitze des diesjährigen Sommers auf den Baumbestand?
- Wie teilen sich die zu fallenden Bäume auf die Baumarten auf und welche Baumarten werden diese allenfalls ersetzen?
- Wie gedenkt der Regierungsrat neben der Erneuerung den aktuellen Baumbestand zu schützen?
- Wie gedenkt der Regierungsrat den Hitzestress der Bäume zu reduzieren, damit diese auch ihre Schattenspendende und kühlende Funktion wahrnehmen können?
- Welche Bauvorhaben in der nahen Zukunft werden direkte Auswirkungen auf den Baumbestand und die Wasserversorgung der Bäume haben?
- Prüft der Regierungsrat Massnahmen, die das Absinken des Grundwasserspiegels verhindern, damit die Wurzeln ausgewachsener Stadtbäume diesen auch bei längerer Trockenheit noch erreichen können?

- Wo wurden bereits permanente Bewässerungssysteme für den Wurzelbereich von Bäumen installiert? Wie hoch ist der prozentuale Anteil der «künstlich» bewässerten
- Prüft der Regierungsrat den Einsatz von Zivilschutz oder freiwilliger Feuerwehr, um die Stadtgärtnerei bei den Erhaltungsmaßnahmen zu unterstützen?
- Prüft der Regierungsrat die Stadtgärtnerei mit zusätzlichen Stellen auszustatten, insbesondere weil laut Regierungsrat der Baumbestand jährlich wächst und in naher Zukunft auch noch stark anwachsen soll?

Béla Bartha

5. Schriftliche Anfrage betreffend Umgang mit den Ressourcen zur Unterstützung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen

22.5586.01

Mit der Zustimmung des Grossen Rates zum regierungsrätlichen Ratschlag vom 21. November 2018 betr. neue Massnahmen im Umgang mit Entwicklungsverzögerung hat der Grosse Rat die gesetzlichen Grundlagen geschaffen und Ressourcen zur Verfügung gestellt, damit Schulleitungen an den Schulen unter Einbezug des Kollegiums Massnahmen zur Unterstützung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen ergreifen können.

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie, resp. nach welchen Kriterien erfolgt die Verteilung der Ressourcen (bitte angeben nach Lektionen und Anzahl Klassen je Schulhaus) auf die einzelnen Schulstandorte? Wie werden IK-Standorte berücksichtigt?
2. Welche konkreten Massnahmen wurden an den einzelnen Standorten im Schuljahr 2020/2021 und 2021/2022 umgesetzt? Bitte um detaillierte Angaben zu jedem Primarschulstandort.
3. Welche dieser Massnahmen haben sich bewährt und weshalb? Welche wurden im laufenden Schuljahr fortgesetzt?
4. Wie findet der Erfahrungsaustausch über die ergriffenen Massnahmen unter den einzelnen Schulleitungen und mit der Volksschulleitung statt? Nach welchen Kriterien beurteilt die Volksschulleitung den Erfolg der unterschiedlichen Umsetzungsmodelle?
5. Wie werden an den einzelnen Standorten die Kollegien bei der Entwicklung und Umsetzung der Massnahmen einbezogen?
6. Wurden die vom Grossen Rat bewilligten Ressourcen bisher in jedem Schuljahr ausgeschöpft? Wenn nein, weshalb nicht? Wenn ja, sind die gesprochenen Finanzen ausreichend, damit allen Kindern, die einen entsprechenden Bedarf aufweisen, gerecht werden kann.
7. Wie und nach welchen Kriterien wird von der Volksschulleitung an den Kindergärten der Bedarf nach Ressourcen zur Unterstützung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen erhoben? Wie werden die Kindergärtnerinnen in dieser Arbeit unterstützt?
8. In Riehen wurden die Ressourcen so eingesetzt, dass in Riehen Nord und in Riehen Süd je eine Einführungsklasse gebildet werden konnte, die allen Riehener Kindern je nach Bedarf zur Verfügung stehen. Wurden die einzelnen Modelle in Basel und die Riehener Modelle evaluiert und auf ihre Qualität und ihren positiven Einfluss auf die Entwicklung der Kinder untersucht? Wenn nein, weshalb ist dies nicht geschehen? Wann ist eine Evaluation geplant? Steht das ED zum Thema EK im Austausch mit Riehen?

Sasha Mazzotti

6. Schriftliche Anfrage betreffend Stand der Strategie für eine nachhaltige Ernährung

22.5587.01

Zur Erreichung der Klimaziele ist auch die Ernährung ein wichtiger Faktor. Nachhaltige Ernährung und das Verhalten des Kantons als wichtiger Akteur in diesem Feld kann dazu beitragen, die Umstellung auf eine klimaneutrale Gesellschaft zu beschleunigen. Mit dem Abstimmungsresultat vom 27. November zur Initiative Basel 2030 und dem Gegenvorschlag Basel 2037 ist eine neue Dringlichkeit auch im Bereich der Ernährung zusätzlich gegeben.

Auch der Bund widmet dem Thema nachhaltige Ernährung einen wichtigen Platz im «Aktionsplan 2021-2023 zur Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030» und dem daraus folgenden Massnahmenfeld «Die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen im In- und Ausland vorantreiben».

Der Kanton Basel-Stadt will sich ebenfalls eine Strategie zur nachhaltigen Ernährung geben. In seiner Antwort auf den Anzug Thiriet und Konsorten betreffend «Schaffung eines Bio-Stadt-Labels» hielt der Regierungsrat zum Thema nachhaltige Ernährung folgendes fest: «Um die nachhaltige Entwicklung des Ernährungssystems von Basel-Stadt weiter voranzubringen, hat der Regierungsrat deshalb beschlossen, eine Strategie nachhaltige Ernährung 2030 und ein neues Massnahmenpaket 2022-2025 zu erarbeiten¹». Auf der Webseite des Kantons lässt sich nachlesen, dass die Strategie bis Ende 2022 feststehen sollte.²

Ich bitte den Regierungsrat darum um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wo steht die Ernährungs-Strategie aktuell und wie ist der Zeitplan zur Erstellung der Strategie?

- Welche Bedeutung hat das Thema Ernährung für die kantonale Klimastrategie und die Erreichung der Ziele ebendieser?
- Welche Ämter und Personen befassen sich momentan mit dem Thema nachhaltige Ernährung?
- Wie sind die Ressourcen für dieses Thema ausgestaltet?
- Kann sich der Kanton vorstellen, ähnlich wie in der Stadt Zürich und Bern, eine eigene Einheit (bspw. Fachstelle nachhaltige Ernährung) in der Verwaltung einzurichten?
- Gibt es Projektfördermittel, mit denen der Kanton Projekte im Bereich der nachhaltigen Ernährung fördern kann?
- Wie setzt der Kanton das Thema nachhaltige Ernährung auf seinen landwirtschaftlichen Nutzflächen um?
- Wie setzt der Kanton das Thema nachhaltige Ernährung bei Betrieben/-Verwaltungseinheiten um, die ihm unterstellt sind oder bei denen er Eigner ist?
 - Wie wird das Thema nachhaltige Ernährung bei den Schulen in der Stadt Basel, in Riehen und in Bettingen behandelt?
 - Wer betreibt die Mensen der schuleigenen und schulexternen und Tagesstrukturen? Gibt es Auflagen für die Lebensmittelbeschaffung in den entsprechenden Mensen? Gelten diese allfälligen Auflagen für die Lebensmittelbeschaffung für alle Schulen?
 - Wie wird das Thema nachhaltige Ernährung in den öffentlich-rechtlichen Spitälern behandelt? Gibt es Auflagen für Lebensmittelbeschaffung in den Spitälern des Kantons? Gibt es Massnahmen in den Spitälern in Bezug auf Foodwaste?
- Gibt es (aktive oder geplante) Massnahmen des Kantons, um das allgemeine Thema Foodwaste anzugehen?
- Wie verhält sich Kanton BS zu den Zielen des Bundes zum Erreichen der SDGs 2030 und konkret zur Massnahme "Die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen im In- und Ausland vorantreiben"?

¹ <https://grosserrat.bs.ch/dokumente/100395/000000395690.pdf> (03.12.2022)

² <https://www.entwicklung.bs.ch/grundlagen/nachhaltigkeit/ernaehrung.html> (03.12.2022)

Beda Baumgartner

7. Schriftliche Anfrage betreffend wie viel Geld bekommt Basel von Deutschland für den Flughafen-Bus?

22.5588.01

Umfangreiche Recherchen haben dies ergeben. Der Basler Flughafen Bus gehört zwar zur BVB, aber wird von teilweise anderem Personal gefahren.

Die Situation ist nicht ganz klar.

Reisende, die aus Deutschland kommen, die das Rail- and Fly Ticket haben, können kostenfrei von Basel SBB mit dem Bus bis zum Flughafen Basel fahren.

Auf allen Tickets steht, ist auch in Basel gültig.

Diese Sonderlage, die Basel auch zu einem quasi Deutschen Flughafen „bringt“, bringt viele Fragen auf sich:

1. Wie viel Geld bekommt Basel-Stadt jährlich, dass Basel den Flughafen-Bus für Reisende, die aus Deutschland kommen, kostenfrei zur Verfügung steht?
2. Es muss ja eine Abmachung geben zwischen Basel-Stadt als Kanton und einer Stelle in Deutschland. Zwischen wem wurde der Vertrag unterzeichnet? Auf der einen Seite ist es Basel und auf der anderen Seite, ist es da die Deutsche Bahn?

Ich danke für umfangreiche Antwort.

Eric Weber

8. Schriftliche Anfrage betreffend wettbewerbsrechtskonformen Lohnvergleichsanalysen

22.5590.01

In den Medien, namentlich im Onlinemagazin Nebelspalter vom 15.12.2022¹, wurde über eine mutmassliche Rüge der Wettbewerbskommission (WEKO) gegen den Kanton Basel-Stadt berichtet. Angeblich geht es dabei um den Vorwurf, der Kanton bevorzuge mit Logib einen staatlichen Anbieter von Lohnvergleichsanalysen unrechtmässigerweise gegenüber gleichwertigen privaten Anbietern.

Aufgrund dieses gravierenden Vorwurfes und möglicher rechtlicher Konsequenzen für den Kanton Basel-Stadt stellen sich folgende Fragen, um deren Beantwortung ich die Regierung ersuche:

1. Wird das System Logib vom Kanton Basel-Stadt gegenüber gleichwertigen privaten Konkurrenzprodukten bevorzugt behandelt?
2. Bei welchen öffentlichen Ausschreibungen wird eine Lohnvergleichsanalyse mittels Logib verlangt und bei welchen ist der Einsatz von gleichwertigen Konkurrenzsystemen zulässig?

3. Welche privaten Systeme zur Lohnvergleichsanalyse werden vom Kanton Basel-Stadt als im Vergleich zu Logib gleichwertig eingestuft?
4. Welchen gängigen Tools wird diese Gleichwertigkeit aus welchen Gründen abgesprochen?
5. Bestätigt die Regierung, dass sie bezüglich dieser Thematik von der WEKO im Oktober schriftlich gerügt wurde?
6. Welche rechtsverbindlichen Anordnungen bzw. welche Empfehlungen enthält das in Frage 5. erwähnte Schreiben, sofern ein solches existiert?
7. Welche Korrekturmassnahmen hat die Regierung als Reaktion auf dieses Schreiben bereits ergriffen und welche plant sie zu ergreifen?
8. Wie stellt sich die Regierung gegenüber dem Vorwurf der fehlenden Wettbewerbsneutralität?
9. Besteht für den Kanton das Risiko, dass private Anbieter ihre wettbewerbsrechtliche Gleichbehandlung vor Gericht erstreiten werden?
10. Falls ja: Wie beurteilt die Regierung das Prozessrisiko und allfällige Kostenfolgen für den Kanton?

¹ <https://www.nebelspalter.ch/gleichstellung-wettbewerbshueter-ruegen-basel-stadt>

Lorenz Amiet

9. Schriftliche Anfrage betreffend Gaststadtpolitik Basel-Stadt

22.5591.01

Mit der Durchführung des 125. Zionistenkongresses im August diesen Jahres und der Interessenbekundung, im Jahr 2026 den UNO-Klimagipfel für die Schweiz auszurichten, erhielt die Rolle von Basel als Gaststadt für internationale Grossanlässe wieder Aufmerksamkeit. Basel als Gaststadt für nationale und internationale Grossanlässe im Rahmen der Schweizerischen Gaststaatspolitik zu positionieren, ist eine der im Legislaturplan des Regierungsrates genannten Massnahmen (Massnahme Nr. 22) zur Erreichung des Legislaturziels *Partnerschaftlich zusammenarbeiten*. Diese Positionierung wurde zudem schon im Vorfeld der OSZE-Ministerkonferenz im Jahr 2014 als Grund für die finanziellen Aufwendungen des Kantons Basel-Stadt angeführt.

Abgesehen von den einzelnen oben genannten Beispielen, welche eher zufälliger Natur sind, bleibt aber die konkrete Strategie des Regierungsrates bezüglich einer aktiven Gaststadtpolitik im Rahmen der nationalen Gaststaatspolitik für Aussenstehende unklar. Daher bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Regierungsrat eine explizite Strategie zur Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplanes, d.h. der Positionierung der von Basel als Durchführungsort für nationale und insbesondere internationale Grossanlässe?
2. Falls ja, was sind die zentralen Eckpunkte dieser Strategie, und wer ist innerhalb der Verwaltung für ihre Umsetzung zuständig?
3. Welche verwaltungsexternen Akteure wurden und werden in die Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplans einbezogen?
4. Stehen der Regierungsrat oder die Verwaltung für die Umsetzung der Massnahme 22 in einem regelmässigen Austausch mit den zuständigen Stellen des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)?
5. Anhand welcher Indikatoren misst der Regierungsrat den Erfolg der Massnahme 22 des Legislaturplans?
6. Welche personellen und finanziellen Mittel setzt der Regierungsrat zur Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplans ein?

Franz-Xaver Leonhardt

10. Schriftliche Anfrage betreffend Anstieg der Hospitalisierungen bei den 10- bis 24-jährigen Frauen wegen psychischer Störung

22.5595.01

Am 12. Dezember teilte das Bundesamt für Statistik (BFS) mit, dass zwischen 2020 und 2021 die Zahl der stationären Spitalaufenthalte wegen psychischer Störung bei Mädchen und jungen Frauen im Alter von 10 bis 24 Jahren um 26 Prozent, bei gleichaltrigen Männern um 6 Prozent stieg. Zum ersten Mal waren psychische Störungen die häufigste Ursache für eine Hospitalisierung bei den 10- bis 24-Jährigen. Die Spitaleinweisungen aufgrund von Suizidversuchen nahmen in derselben Altersgruppe um 26 Prozent zu, die ambulanten psychiatrischen Leistungen im Spital um 19 Prozent.

Aufgrund dieser alarmierenden Zahlen ergeben sich dringende Fragen:

1. Wie erklärt der Regierungsrat diesen drastischen Anstieg der Hospitalisierungen?
2. Wie hoch sind die Hospitalisierungen in Kanton Basel-Stadt?
3. Welche unmittelbaren Massnahmen hat der Regierungsrat aufgrund dieser Veröffentlichung ergriffen?
4. Sind unsere Spitalstrukturen ausreichend, um diesen Anstieg zu bewältigen und diesen jungen Menschen zu helfen?

5. Welche Unterstützung steht diesen jungen Menschen und ihren Angehörigen in dieser Situation zu Verfügung?

Edibe Gölge

11. Schriftliche Anfrage betreffend jahrelang leerstehende Häuser und Wohnraumvernichtung

23.5017.01

Dutzende von Mehrfamilienhäusern sind nach meiner Beobachtung und Infos der Anwohnerschaft in unserem Kanton seit vielen Jahren leerstehend. Als Beispiele können die drei Mehrfamilienhäuser an der Hardstrasse genannt werden, welche offensichtlich schon seit 18 Jahren leer stehen und auch das Haus Wartenbergstrasse 45 gleich um die Ecke (gleiche Eigentümerschaft). Leer steht auch schon seit Jahrzehnten das Haus St. Alban-Vorstadt 88. Seit mehr als 10 Jahren steht das Haus Gärtnerstrasse 112 leer. Analoges gilt für die Mehrfamilienhäuser Rheingasse 18, Sierenzerstrasse 12 und Florastrasse 13 + 23.

Die Gründe hierfür sind mannigfaltig: Erbstreitigkeiten, planerische oder bauliche Schwierigkeiten oder eben schlichtweg fehlendes Interesse an der Nutzung. In Zeiten der Wohnungsnot werden so in Basel mehrere hundert Wohnungen potenziellen Mieterschaften entzogen. Bei langjährigen Leerständen vergammeln zudem die Häuser und/oder werden die Liegenschaften wegen möglicher Hausbesetzungen gar verriegelt. Dies stellt auch für das Stadtbild und die unmittelbare Nachbarschaft ein grosses Ärgernis dar. Wenn zu lange zugewartet wird, so werden diese Wohnliegenschaften auch aufgrund des vernachlässigten Unterhaltes nicht mehr bewohnbar resp. nur wieder bewohnbar, wenn grosse Investitionen getätigt werden. Auch diesen Gründen ist spätestens nach zwei bis drei Jahren ein staatliches Handeln im öffentlichen Interesse notwendig.

Der Kanton Genf sieht seit vielen Jahren (LGL, Loi générale sur le logement et la protection des locataires) vor, dass solche Liegenschaften enteignet werden können. Damit wurden gute Erfahrungen gemacht. Wenn eine Nutzungsentziehung droht, beeilen sich Eigentümerschaften, die Wohnnutzung wieder herzustellen. Auch der Kanton St. Gallen kennt in seinem PBG eine Bestimmung, wonach der Gemeinde bei Nichtüberbauung innerhalb gewisser Fristen ein Kaufrecht an den betroffenen Grundstücken zusteht (Art. 8 + 9 PBG SG).

Denkbar ist auch, dass die jahrelang leerstehenden Wohnungen zusätzlich besteuert werden. Solche «Leerstandsabgaben» mit Lenkungswirkung gelten z.B. in mehreren österreichischen Bundesländern oder den Städten Hamburg und Vancouver. Damit wird dort bewusst der Wohnungsknappheit und dem Steuerausfall durch Leerstände Gegensteuer gegeben. Wir verweisen hier auch auf die Studie der wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages vom 13.9.2018 i.S. Besteuerung von leerstehenden Immobilien/verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen (WD 4 – 3000 -12818).

Weiter denkbar ist, dass dem Räumungsbegehren von jahrelang leerstehenden Häusern nicht ohne weiteres gefolgt wird (Zürcher Praxis).

Es wird darauf verwiesen, dass dieser Missstand einfach vermeidbar ist, indem solche Liegenschaften zwischengenutzt werden. Dies ist auch wirtschaftlich/mietrechtlich für die Eigentümerschaft risikolos (vgl. Art. 272 Abs. 1 lit. d OR). Eine entsprechende Regelung könnte dazu führen, dass solche Häuser nicht vergammeln resp. auch bei länger andauernden Rechtsstreitigkeiten o. ä. zumindest zwischengenutzt werden.

Ich frage daher die Regierung an:

1. Ist der Verwaltung bekannt, wie viele Häuser im Kanton schon länger leer stehen? Falls nein, gibt es eine Schätzung?
2. Wie kann diesem Missstand von jahrelang leerstehenden Wohnliegenschaften entgegengetreten werden?
3. Ist eine gesetzliche Ergänzung in Anlehnung an die Genfer Lösung (vgl. LGL), eine Leerstandsabgabe oder eine Änderung im Räumungsmodus eine mögliche Lösung?
4. Kann sichergestellt werden, dass zumindest diese jahrelang freiwillig leerstehenden Wohnliegenschaften nicht in die amtliche Leerwohnungsstatistik einfließen?

René Brigger

12. Schriftliche Anfrage betreffend Sicherstellung der Fernwärmeversorgung bei Stromausfall und anderen Störungen

23.5019.01

Den Medien ist zu entnehmen, dass die Stadt Biel anfangs Januar 2023 von einem grösseren Stromausfall betroffen war. Unsere Abhängigkeit von Strom wächst stetig und immer mehr Bereiche des täglichen Lebens hängen entscheidend davon ab, dass die Stromerzeugung sicher, stabil und unterbrechungsfrei geschieht. Auch die Wärmeversorgung, welche im Rahmen der Dekarbonisierung verstärkt auf Fernwärme umgestellt wird, hängt wesentlich von einer stabilen Stromversorgung ab. Es besteht dadurch ein Klumpenrisiko bei Störungen oder gar Ausfällen dieser Infrastruktur.

Der Schreibende wurde angefragt, welche Auswirkungen ein Stromausfall auf die Fernwärmeversorgung hätte bzw. welche anderen Störungen auftreten könnten, welche einen zunehmend grossen Teil der Basler Haushalte sozusagen „in der Kälte stehen lassen“ würden.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Sicherheiten, allenfalls Redundanzen sind im Basler Fernwärmenetz eingebaut?
2. Welche Auswirkungen hätte ein Stromausfall auf Produktion und Verteilung der Fernwärme?
3. Inwiefern teilt der Regierungsrat die oben erwähnten Bedenken?
4. Wie hoch schätzt der Regierungsrat die Wahrscheinlichkeit eines Stromausfalls wie in Biel geschehen, ein?
5. Welche Ausweichmöglichkeiten sind installiert, um die Versorgung durch Fernwärme auch bei einem Stromausfall sicherzustellen?
6. Wie werden die Bezüger von Fernwärme über Störungen bei der Fernwärme zeitnah informiert?

Beat K. Schaller

13. Schriftliche Anfrage betreffend "Verkomplizierung der Freiwilligenarbeit an der Museumsnacht Basel - wird an der Museumsnacht 2024 auch ein Besuch im Basler Bürokratiemuseum möglich sein?"

23.5020.01

Alljährlich strömt zahlreiches und begeistertes Publikum in einer Januarnacht in die Basler Museen. Dies ist auch zahlreichen Freiwilligen zu verdanken, die sich vor und hinter den Kulissen tatkräftig bis tief in die Nacht (respektive bis in die frühen Morgenstunden) freiwillig und unbezahlt dafür einsetzen, dass den Besucherinnen und Besuchern bleibende Erinnerungen geschaffen werden. An der Museumsnacht eröffnen nicht nur grosse Institutionen mit einem entsprechenden Bestand an festangestellten Mitarbeitenden, sondern auch zahlreiche kleinere Institutionen ihre Pforten. Diese setzen an der Museumsnacht in grossem Umfange unbezahlte Freiwillige ein. Bei der Vorbereitung der diesjährigen Museumsnacht wurden die Verantwortlichen diverser Institutionen am 5. Dezember 2022 von einem E-Mail der Projektleitung Museumsnacht Basel überrascht, in dem unter anderem folgendes ausgeführt wurde:

Betriebe, die dem Arbeitsgesetz unterstellt und nicht dem Kanton angegliedert sind, müssen für die Museumsnacht ein Gesuch für Nachtarbeit Ihrer Mitarbeitenden einreichen. Wenn Sie diese E-Mail erhalten, müssen Sie laut Amt für Wirtschaft und Arbeit (A WA) ein Gesuch einreichen.

Dem Gesuch beizulegen ist eine vollständige Liste mit unterschriebenen Einverständniserklärungen aller Mitarbeitenden, die an der Museumsnacht während der Nacht (23:00-06:00 Uhr) im Einsatz stehen.

In einem Erinnerungs E-Mail vom 19. Dezember 2022 führte die Projektleitung unter anderem noch was folgt aus:

- *Wenn Sie diese E-Mail erhalten, ist eine Eingabe obligatorisch. Die Projektleitung hat dies mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit abgesprochen. In Einzelfällen ist nicht die ganze Belegschaft betroffen. Die betroffenen Institutionen wurden bilateral durch uns informiert. Trotzdem ist eine Eingabe der restlichen Belegschaft obligatorisch.*
- *Dem Gesuch beizulegen ist eine vollständige Liste mit unterschriebenen Einverständniserklärungen aller Mitarbeitenden nach 23 Uhr. Die Einverständniserklärung muss also von allen Mitarbeitenden unterzeichnet werden. Eine übergreifende Bestätigung reicht - im Unterschied zum letzten Jahr - leider nicht mehr. Zur Vereinfachung können Sie uns auch eine Einverständniserklärung (ein Blatt) pro Mitarbeiter: in einreichen.*

Mit dieser Aufforderung wollte die Projektleitung der Museumsnacht Basel erreichen, dass auch Freiwillige, die sich ohne Entlohnung für die Museumsnacht nach 23 Uhr einsetzten, schriftlich ihr Einverständnis zur Nachtarbeit erklären müssen. Offensichtlich hat sich die Projektleitung Museumsnacht Basel einer Anweisung des Arbeitsinspektorates gebeugt, das die Auffassung vertritt, dass auch unbezahlte Freiwillige dem Arbeitsgesetz unterstellt sind. Das ist aber umstritten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist für den Regierungsrat die Annahme abwegig, dass, wer sich freiwillig für einen Einsatz bei der Museumsnacht meldet, konkludent sein Einverständnis mit Nachtarbeit erklärt?
2. Das Arbeitsinspektorat scheint die Ansicht zu vertreten, Freiwillige seien ausnahmslos dem Arbeitsgesetz unterstellt, obwohl ein namhafter Teil der Rechtslehre die Ansicht vertritt, es gehe zu weit, das Arbeitsgesetz auch auf bloss karitativ tätige Personen anzuwenden, welche weder Lohn erhalten noch mit ihrer Tätigkeit eine Ausbildung oder eine Berufsvorbereitung bezwecken. Teilt der Regierungsrat die Rechtsauffassung des Arbeitsinspektorats oder die Auffassung eines Teils der Rechtslehre (vgl. Geiser Thomas, in: Geiser Thomas/von Kaenel Adrian/Wyler Rémy (Hrsg.), Arbeitsgesetz, Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel, Bern 2005, Art. 1 N 17), dass unentgeltliche Arbeit, die weder mit einer Ausbildung oder einer Berufsvorbereitung verbunden ist, nicht unter das Arbeitsgesetz fällt? Falls die Regierung die Auffassung des Arbeitsinspektorats nicht teilt, ist sie bereit, das Arbeitsinspektorat anzuweisen, zur langjährigen Praxis bezüglich des Einsatzes von Freiwilligen in der Museumsnacht zurückzukehren? Falls der Regierungsrat die Auffassung des Arbeitsinspektorats als verbindlich erachtet, obwohl er dessen Auffassung nicht teilt, ist er bereit, beim Arbeitsinspektorat bzw. beim SECO mit dem Ziel zu intervenieren, im Kanton Basel-Stadt bzw. in allen Kantonen in Zukunft wieder eine pragmatische Anwendung des Arbeitsgesetzes bezüglich des Einsatzes von Freiwilligen zu gestatten?

3. Falls der Regierungsrat auf das schriftliche Einverständnis von Freiwilligen für Nacharbeit an der Museumsnacht besteht, wird er im Sinne der Gleichbehandlung dieses Erfordernis auch auf Freiwillige von Institutionen, die dem Kanton angegliedert und somit dem Arbeitsgesetz nicht unterstellt sind, ausdehnen?
4. Falls die Auffassung des Arbeitsinspektorats richtig und verbindlich ist, kann der Regierungsrat ausschliessen, dass beispielsweise Jugendverbände bei der Durchführung von Nacht- und Sonntags-/Feiertagsaktivitäten mit Hilfe von unbezahlten Freiwilligen eine entsprechende Bewilligung einholen müssen?
5. Falls eine Rückkehr zur pragmatischen Handhabung der Freiwilligenarbeit an der Museumsnacht Basel nicht möglich ist, werden Mitglieder des Regierungsrates und des höheren Kaders unseres Kantons an der Museumsnacht 2024 freiwillig ein Basler Bürokratiemuseum betreiben, an dem dem interessierten Publikum bürokratische Irrungen und Wirrungen wie diese, die Gegenstand dieser Anfrage ist, spielerisch nähergebracht werden? Für ein weiteres Beispiel der Erschwerung der Arbeit von Ehrenamtlichen verweise ich auch auf meine schriftliche Anfrage 18.5263.01 (Microsoft Word - SCHR:docx (bs.ch)).

David Jenny